

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

234 (8.10.1932)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Zeilen-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Mehrfachzahlung des Zeitraumes, bei geschäftlicher Betreuung und bei Kontanten an der Kasse 10% Ermäßigung und bei Abnahme von 100 Zeilen 15% Rabatt. Die Anzeigen werden in der Regel am 1. Oktober des Monats vor dem Erscheinen der Zeitung angenommen.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Einmalige Beilagen 1,00 Mark. Druck der Zeit. 2,38 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Sonntagsausgabe 11 Uhr. Postfachnummer 2650 Karlsruhe. Geschäftsstelle: Karlsruhe, I. D. Waldstraße 28. Telefon 1020, 1021. Telefaxnummer 1020. Druckerei: Karlsruhe, I. D. Waldstraße 12. Telefon 1020, 1021. Telefaxnummer 1020.

Nummer 234

Karlsruhe, Samstag, den 8. Oktober 1932

52. Jahrgang

Harzburger Jubiläum

Mit Stuhlbeinen und Bierleideln

Im Verlauf der Berliner Saalschlacht zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen in der „Neuen Welt“ sind nicht weniger als 70 Stühle und 25 Tische zertrümmert worden.

Die Saalschlacht, die am Donnerstagabend in der Berliner Hofenstraße vor sich ging, ist nicht die erste dieser Art. Es war vorher schon wiederholt in der Provinz und zuletzt auch in Berlin zu heftigen Kettereien zwischen Nazis und Stahlhelmern gekommen, auch bereits während des letzten Reichstagswahlkampfes. Aber damals breiteten beide Teile den Mantel der Nächstenliebe über diese Zusammenstöße innerhalb der Harzburger Front. Jetzt, wo der Kampf um die Führerschaft zwischen Hitler und Eugenberger mchtig entbrannt ist, und wo sich die Saalbesucher nicht nur mit Unrecht betrogen fühlen, sind die letzten Hemmnisse gefallen.

Jetzt begnügt man sich nicht mehr mit Sticheleien in der Presse, mit gelegentlichen Sticheleien in Versammlungsreferaten — man geht aufs Ganze. Die Propaganda der Nazis gegen die Eugenberger wird mit einseitigen Behauptungen und mit Androhungen schrecklicher Bestrafungen beantwortet. Die jenseitigen Anspielungen von ebendem sind in wüste gegenseitige Beschimpfungen umgeschlagen. Ganze Proschüren voller Enthüllungen und Drohungen werden in Massen verbreitet. Und schließlich geht man mit Stuhlbeinen und Bierleideln aufeinander los! So wird um die Seelen der „nationalen“ Massen gerungen.

Und das Volk lacht. Es hat auch allen Grund dazu, denn das Schauspiel, das die Eidgenossen von Harzburg schon zum ersten Mal gesehen haben, ist ihnen heute wieder so neu und so interessant. Ist wirklich erträglich. Denn man aber über diese Entwicklung politisch nach, so wagt man ein Gefühl des Ecks. Die wackeren Kumpane von der Hofenstraße mögen sich die Köpfe so blutig schlagen, wie sie Luft haben — das ist an sich ihre Sache. Aber die Sache des ganzen Volkes ist es, die politische Lehre aus diesen Vorfällen zu ziehen.

Betrachten wir nicht, das vor kaum vier Monaten eine „arundförmig neue Staatsführung“ verkündet wurde! Diesen Nazis zu Liebe, gegen deren Schlägerkolonnen heute die Saals zu Hilfe gerufen wird, ist die Regierung Weimars-Grauners geopfert worden, ihnen zuliebe wurde das Uniformverbot aufgehoben mit dem Ergebnis, daß hundert Tote im letzten Wahlkampf gefallen sind; ihnen zuliebe wurde ein geordnetes Staatswesen, das Preußen bis zum 20. Juli war, durcheinandergeworfen und bewährte Staatsbeamte auf Grund förmlicher Restriktionslisten der Saalbesucher vertrieben; ihnen zuliebe wurden schwerwiegende Konflikte zwischen dem Reich und den süddeutschen Ländern mutwillig heraufbeschworen und eine neue politische Linie aufgestellt, wurde die Reichseinheit schwersten Belastungsproben ausgesetzt. Ihnen zuliebe wurde ein bewährter außenpolitischer Kurs aus dem Fenster geworfen und durch eine Politik des föderalistischen Abenteuerismus ersetzt; ihnen zuliebe wurde der überparteiliche Rundfunk zu einem Instrument nationaler Propaganda herabgewürdigt und eine erprobte Organisation von erstklassigen Rundfunkleuten durch karrierelüste Dilettanten zertrümmert.

Man könnte das Sündenregister der Regierung der Barone noch um einiges verlängern. Hier kommt es aber nicht auf Vollständigkeit an, sondern auf die Feststellung der Tatsache, daß der eigentliche Sinn des ganzen Hietreibens gewalttätigen und zum Teil sogar rechts- und verfassungswidrigen Kurswechsels darin liegt, daß man die „aufbauwilligen Kräfte“, wie Herr von Papen immer wieder die Hitlerbanden bezeichnete, in den Staat einordnen wollte, freilich nur, um aus ihnen die Schutztruppe der feudalen Reaktion gegen die verhasste Klassenbewußte Arbeiterklasse zu machen.

Die nationalsozialistischen Führer haben das ihnen zugeworfene

Gefährt gerne entgegengenommen und die reaktionäre Papenregierung bis zu den Wahlen toleriert. Allerdings wurde ihr Appetit beim Essen immer größer. Schließlich verlangte ihr Führer die ganze Macht und weil sie ihm verweigert wurde, kam es zu einem großen Krach, dessen jüngste Auswirkung die Berliner Saalschlacht in der „Neuen Welt“ gewesen ist. Auf einmal entdeckt die „überparteiliche“ Regierung von Papen, die in Wirklichkeit nur eine maskierte deutschnationale Regierung ist, daß die SA Hitlers eine Gefahr für die Ruhe und Ordnung bilden, daß sie den politischen Terror gegen Andersdenkende organisieren, daß sie in ihrem Wesen und in ihren Methoden starke Ähnlichkeiten haben mit den Bolschewiken von links. Auf einmal! Weil es jetzt ihnen an den Kraken geht, weil sie die Geister nicht mehr bändigen können, die sie gerufen haben.

Welch eine nachträgliche Rechtfertigung für Severinas jahrelangen Kampf gegen die staatsfeindlichen Saalbesitzer, für Gröners Auflösungsbescheid gegen die SA — und welch ein moralischer Bankrott der Regierung Papen!

Hitler-Bestien

Drei Nazistrolche ermorden ein Mädchen

Frankfurt a. M., 7. Okt. Ein dreißigjähriger Scharführer der Frankfurter Hitlerjugend ist des Mordes an seiner Geliebten überführt worden, den er gemeinsam mit seinen zwei siebenn- und achtehnährigen Freunden, die ebenfalls der Hitlerjugend angehören, ausgeführt hat. Damit hat der Mord am 19. Jahre alten Hausangestellten Emma Busse, die im Dezember v. J. aus Frankfurt verschwand und im Mai als Leiche aus dem Main gezogen wurde, nach nunmehr zehn Monaten seine Aufklärung gefunden.

Die Angehörigen der Busse und die Polizei nahmen bisher an, daß das junge Mädchen Selbstmord verübt habe. Erst vor kurzem hatte eine Schwester im Nachhinein der Verstorbenen die Abschrift von zwei Briefen gefunden, die diese kurz vor ihrem Tode an einen gewissen Robert gerichtet hatte. In diesen Briefen teilte sie dem Robert mit, daß sie sich von ihm schwanger fühle. Da sie wisse, daß er sie nicht heiraten werde, fordere sie ihn auf, wenigstens die Alimente zu zahlen. Der „geliebte“ Robert — wie wir jetzt wissen, ein Weimarer lautmännlicher Angestellter namens Robert Stubenrauch — hat logischer mit seinen beiden Freunden, zwei Weimarer Lehrlingen, die Möglichkeiten besprochen, wie er das ihm lästig gewordene Mädchen loswerden könnte. Der eine Freund schlug vor, das Mädchen zu ertränken, der andere empfahl dagegen, sie von einer Brücke in den Main zu werfen. D diesem Plan stimmte Robert zu, es gelang ihm auch, das Mädchen zu einem nächtlichen Spaziergang am Main zu bewegen. Während die beiden Helfershelfer der Mordtat unbemerkt auf Fahrrädern folgten, verbrachte Stubenrauch — und das ist wohl das unvorstellbarste Grauenvolle dieses Verbrechens, — unmittelbar vor der Ermordung noch eine Liebesstunde mit seinem Opfer. Willig folgte ihm dann die Freundin auf eine sehr einsame Mainbrücke, während die beiden Freunde die Brückensperre von Augenzeugen sicherten. Das Mädchen wehrte sich mit allen Kräften und klammerte sich an dem Geliebten und dem Geländer fest. Ob Stubenrauch oder der eine der Freunde dem Mädchen den Stoh verleierte, die die Bedauerns-

werte aus dem Gleichgewicht brachte und ins Wasser stürzen ließ, konnte noch nicht völlig geklärt werden, da die Verstorbenen sich gegenseitig beschuldigen.

Ein geradezu phantastischer Zufall hat die Aufdeckung der Mordtat herbeigeführt. Der Mörder machte die vorige Woche in einem Kaffeehaus, ohne zu ahnen, wen er vor sich hatte, die Bekanntschaft der beiden Schwestern seines Opfers. Als er mit den Mädchen zu sprechen begann, fragte ihn die Jüngere plötzlich nach seinem Namen. Arglos stellte er sich vor: Robert Stubenrauch. Ein jähes Ahnen durchzuckte das Mädchen, das sofort rief: „Dann sind Sie vielleicht der Mann, dem meine Schwester Briefe geschrieben hat...?“ Fassungslose Ueberraschung und höchste Erregung verrieten sofort den Mörder, dessen heftiges Leugnen den Argwohn der beiden Schwestern nicht bannen konnte. Die Polizei erhielt Kenntnis von dieser Kaffeehauszene und verhaftete Stubenrauch, der sofort seine Komplizen verriet. Daß sie nach einem gemeinsam verabredeten Mordplan handelten, haben die drei Mörder eingestanden.

In Frankfurt erregt es das allergrößte Aufsehen, daß die drei Mordtaten, die das grausame und hinterhältige Verbrechen gemeinsam ausführten, der Nazijugend angehörten. Die Tatsache, daß Stubenrauch am letzten Freitag angeblich wegen einer „Streiterei“ aus der Nazi-Partei ausgeschlossen wurde, verleiht nur den Verdacht, daß man in Nazi-Parteien vor den Schandtat Stubenrauchs gewußt hatte, denn Stubenrauch wurde an dem Freitag aus Hitlers Kameraderie ausgeschlossen, als Anzeige wegen Ermordung seiner Geliebten gegen ihn erstattet worden war. Daß die dramatische Kaffeehauszene sich in einem Naziversteherlokal abspielte, hat, darf ebensowenig unerwähnt bleiben, wie der Umstand, daß Stubenrauch an dem brutalen Uebertat einiger Nationalsozialisten auf den 60. Jahrestag der Sozialdemokraten und Mitglie der Eisernen Front, Braun, in Frankfurt-Bohlenheim im Mai dieses Jahres beteiligt war, der seinerzeit mit Zankfällen niedergeschlagen und so schwer verletzt wurde, daß er noch heute an den Folgen zu leiden hat.

2. Reichstagswahl 1932

Auf zum Angriff!

Parteigenossen und Genossinnen des Bezirks Mittelbaden?

Ein Kampf von größter Bedeutung steht uns bevor. Die Reichstagswahl am 6. November muß Zeugnis ablegen von der

Schlagkraft unserer Organisation und der Opferwilligkeit unserer Wählerschaft

Ermuttigt durch die durch Kommunisten und Nationalsozialisten hervorgerufene Spaltung der Arbeiterklasse, holt die Herrschaft zu einem schweren Schlag aus.

Alles was sich die Arbeiterschaft im jahrzehntelangen Kampf errungen hat, soll zerschlagen werden

Der Weg, den die Reichsregierung und ihre Hintermänner gehen wollen, weist zurück in den Obrigkeitsstaat mit seinen erniedrigenden Begleiterscheinungen für den vierten Stand. Wegen dieses Unterjochens der Herrenklasse muß der

machtvolle Wille

der denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamtenschaft für

Demokratie, sozialen Aufstieg, für Ebnung des Weges zum Sozialismus

alle hindernden Schranken niederzureißen. Es gilt deshalb, die kurze Spanne Zeit bis zum Wahltag zur unermüdbaren Agitation zu nützen.

Genossen und Genossinnen, sowie Freunde unserer Sache! Seid eingedenk des heroischen Kampfes, den wir führen gegen Unterstand, Böswilligkeit, Verleumdung und brutale Gewalt. Vergesst nicht, daß die energische Führung des Kampfes abhängt von den uns zur Verfügung stehenden Geldmitteln. Das, was unsere Gegner an materiellen Mitteln voraus haben, muß bei uns aufgewogen werden durch größte Aktivität.

Genossen und Genossinnen! Heran an den Feind! Stellt euch den Parteileitungen zur Verfügung für die erforderlichen Wahlarbeiten!

Partei und Eisene Front müssen und werden diesen **Wahlkampf siegreich bestehen**

und den Regierenden und ihren Trabanten beweisen, daß das kapitalistische Zeitalter zu Ende geht und daß Sozialismus die Parole ist!

Der Unterbezirksvorstand:
J. A. Trübs

In Erwartung der Nazi-Niederlage

Die Deutschnationalen gründen ihre politischen Hoffnungen für die nächste Zeit auf die zu erwartende Wahlmiederlage der Nazis am 6. November. Herr B r o s i u s, der Presschef der Deutschnationalen, äußert sich darüber u. a. wie folgt:

„Der 13. August war Hitlers Marne-schlacht. Das war nicht nur das Gefühl desjenigen, der in der Politik lebt, sondern auch der weiten Kreise im Lande, die mit dem Nationalsozialismus irgendwie in Berührung kamen. Heute ist durch Zahlen bestätigt, daß die nationalsozialistische Welle sich überschlagen hat. Der Nationalsozialismus war nicht mehr als eine Welle, weil die Führer zwar tätig waren, den aus zehnjähriger Schwadheit erwachenden deutschen Nationalismus in ihre Kanäle zu leiten, weil sie aber unfähig waren, aus einer wunderbaren Bewegung ein politisches Machtinstrument zu formen. Selten sind Führer ihrer Bewegung so unwert gemessen wie beim Nationalsozialismus. Selten sind Geführte so schnell und so gründlich enttäuscht worden. Der Zerstoerungskampf gegen die Regierung Papen, das parlamentarische Faktieren mit dem Zentrum, die Kameraderie mit den Kommunisten, die Demagogie eines Goebbels, die Unfähigkeit eines Göring, das alles wirkte auf die Begeisterung und den Idealismus wie ein Strahl kalten Wassers. Es ist sicher, daß die Nationalsozialisten bei den Wahlen des 6. November einen schweren Rückschlag erleben werden.“

12 Milliarden Defizit in Frankreich

Paris, 7. Okt. Der heutige Kabinettsrat beschäftigte sich hauptsächlich mit der Bedingung des zu erwartenden Defizits, das sich laut Saas auf 12 Milliarden Franken belaufen dürfte. Siervon sollen 4 Milliarden durch die vom Parlament gebilligten Maßnahmen einschließlich der Konvertierung gedeckt werden, eine Milliarde soll durch eine 5-Prozentige Kürzung der Beamtengehälter und zwei Milliarden durch Schaffung einer Pensionstasse Hülfen gemacht werden. Auch die Amortisationskasse würde mit einer gewissen Summe zur Beseitigung des Defizits beitragen haben.

Der Stern von Moskau

Von Hermann Tempel, M. d. R.

Das deutsche Proletariat ist eine unglücklich zähe Klasse. Wäre es anders, es hätte über seinem Elend längst seinen politischen Verstand ebenso gründlich verloren wie die deutschen Kleinbürger. Aber weil seine Kraft ein halbes Jahrhundert organisatorisches und marxistisches Training hinter sich hat, konnte es bis heute den furchtbaren Schlagwechsel mit der Krise durchstehen, ohne Knodout-gesauft zu werden. Es hat in diesem Jahr einen Großwahlkampf um den andern bestehen müssen und ist dabei in seinem Kern völlig unerhört geblieben.

Ein deutsches Wunder, dies Seldentum eines ausgemergelten Volkes, das der Heroenzeit des Sozialismus würdig ist! Mächtig Millionen Wähler haben sich mitten in dem ermüdeten Alltag einer Not ohne Ende als absolut krisenfest erwiesen.

Wie aber steht es mit dem nachwachsenden, dem ungehulften und unpolitischen Teil des Proletariats? Auch hier genügt ein Blick auf die Verhältnisse der Vergangenheit. Aber doch auch ein langsames Laben werden der Vernunft, eine fröhliche Anfalligkeit für die Seuche des Vortradikalismus. Wenn Mann und Frau und Kind gebeugten Hauptes jetzt den Marsch in den vierten Hungerwinter hinein antreten müssen und immer noch ein Ausweg nicht sichtbar wird, dann ist es verzweifelt, wenn der, der nicht durch eine ständige politische Seelensorge hart und sicher gemorden ist, in seiner Ratlosigkeit jenen Zerklüften nachläuft, die über den Simpfen des Wirtschaftskrisen aufsteigen, das ist die akute psychologische Situation, die bei der kommenden Wahl der Kommunisten vorfindet.

Der zwanzigjährige Jungproletarier, der noch nie in Arbeit und Lohn stehen durfte; der Bauarbeiter im einsamen Dorf, dem die Technik das Handwerk für immer verdrängt; der Angestellte, der mit dreißig Jahren schon alles Essen sein soll; ihnen allen ist der kommunistische Stimmgelächter selbstverständlich nicht ein Bekenntnis zu einer klaren Idee oder einer tatbereiten Verantwortung, sondern nichts als der Aufschrei der gequälten Kreatur.

Sie alle bedürfen kaum noch einer aktiven und intensiven Bearbeitung durch kommunistische Demagogen. Ihre Energien sind zerstreut, und so fallen sie, faule Früchte, beim ersten Anstoß jedem Schimpfbold in die Hände. Die kommunistische Agitation kann deshalb heute von den Sternstellen, auf der Straße und nicht zuletzt im entlegenen Dorf ohne großes Aufsehen, viel geräuschloser als früher arbeiten. Niemand unter uns darf diese Entwicklung übersehen.

So immant sich im allgemeinen der trainierte politische Intellekt des Organisierten gegen das Gift der blutdürstigen Phrasen gesetzt hat, so empfänglich dafür ist jetzt das trübe Bewußtsein des Ungehulften.

Ihm, dem politischen Knaben, dessen hungrige Wutphantasie Traumbildern nachhängt, ihm, der dem Kraftprozentum kommunistischer Maulhelden Glauben schenkt; ihm muß deshalb in diesem Wahlkampf brutal das wahre Gesicht des deutschen Kommunismus gezeigt werden.

Der deutsche Kommunismus ist geistig und moralisch ein Betrüger.

Wo immer man seine Wirklichkeit vor sich hat — nicht sein Geschwätz — entpuppt er sich ausnahmslos als jämmerlichste Imponanz.

Nur Menschen ohne Erfahrung, die den deutschen Kommunismus, diesen launigen und trübseligen Seitenreißer des starken Rechts, in Russland, noch nirgends in der Praxis gesehen haben, können irgend eine Hoffnung auf ihn setzen.

Der Kommunismus ist ohne moralische Kraft, von wenigen Fanatikern abgesehen. Seine Mittäuser fallen immer wieder bei Lohnkämpfen den Belegschaften in den Rücken. Wie oft haben wir es erlebt, daß sie 24 Stunden nach Verlassen des Betriebes durch eine Hinterlist Einfluß suchten und — fanden. Warum soll sich die Betrübtenleistung sperren? Sie nehmen ja die Diktate der Herren entgegen mit einer Freilichheit, die eben so gut kriechen wie ranbieren kann. Man hat es erlebt, daß vor ihnen aufgestellte Streikposten als Erste an Bord der betroffenen Schiffe kletterten.

Ihre Wortführer sind nicht selten nur solange Revolutionäre, als sie persönlich Not leiden. Geht ihnen Arbeit, und die Not der Klassenangehörigen ist ihnen gleichgültig. Sie organisieren sich dort, wo man ihnen für einen Beitrag von einem Groschen ordentliche Verge verspricht. Sie prägen sich heute mit Falschheit und marischieren morgen in ihren Reihen.

Sie pendeln zwischen der Internationale und dem Horst Wessellied hin und her. Sie sind ohne Opferkraft, ohne Treue, ohne Ueberzeugung und ohne Gewissung. Rebellien aus dem Wagen allein, nicht etwa aus Blut und Hien, Krackeler, nicht Revolutionäre.

Sie sind nicht alle so! Kein Zweifel, daß es unter ihnen auch Gläubige und Bessere gibt. Aber das Gros ist politisch minderwertig, und dies Gros entscheidet über die moralische Schlagkraft des Kommunismus. Das ist es, was jenen Verzweifelten besetzt werden muß, die heute sich zum Stern von Moskau befeuern möchten. Man kann nicht mit Russen ohne politische Moral Schlachten schlagen. Auch nicht, wenn sie nach noch so vielen Millionen zählen. Das moralische Minus der kommunistischen Klassen wird in seiner Bedeutung für den Klassenkampf noch verdoppelt durch das geistige Minus der Führer. Der einzelne geistige Mensch, über den — um nur ein Beispiel zu nennen — die kommunistische Reichsstaatsaktion verfügt, ist Klara Zetkin. Alle andern sind höchstens Hilft. Wie an der Spitze, so überall. Man muß nur einmal kommunistische Phrasen in den Gemeinden und Wirtschaftskörperschaften beobachtet haben. Bestenfalls reproduzieren sie Leitartikel der Roten Fahne. Wirtschaftlich, verwaltungsrechtlich und sozialrechtlich sind sie bis auf geringe Ausnahmen Nullen. Hilflos zappeln sie an den Drähten, die gewiegte bürokratische Fachleute dirigieren.

Während die Sozialdemokratie in fast anderthalb Jahrzehnten zäher Nachkriegsarbeit sich bis in das flache Land hinein einen einig großen Verwaltungsapparat heranzubilden konnte, hat die KPD fast nur unwirksame Stämpel. Schon deshalb, weil in den kleinen Dorparlamenten genau so wie in der Berliner Zentrale ein Funktionär nach dem andern, eine Führerrolle um die andere laubigend sich verdrängen und abhauen, bevor sie den Gegenstand ihrer Verantwortung auch nur in einer äußeren Form geistig zu erfüllen vermöcht hätten.

Wer die Praxis der kommunistischen Intelligenz kennt, dem graut bei der Vorstellung, daß eines Tages diesen blinden Hirnen Staat und Gemeinde, Wirtschaft und Gesellschaft anvertraut werden könnten. Wie würden nach vier Wochen das Chaos und die Hölle haben.

Aus dem durchbohrenden Gefühl dieses ihres Nichts heraus hat die kommunistische Führung bisher keine zentrale Aktion gewagt. Anträge, Aufrufe, Demonstrationen und höchstensfalls ein sinnloses

örtliches Gemein: das ist bis jetzt alles gewesen. Von 1923 ab, als die Reichsmehr Sachjen belebte, bis hin zu dem Generalkriegserebe am 20. Juli: stets ist es bei bleichem Schwulst geblieben. Die KPD weiß, warum sie nicht auf die Barrikade geht. Weil die eigenen Truppen sie ja nach kurzem Kampf allein lassen würden. Man versteht es schon, daß sich gewisse Leute in brennenden Situationen ihre Rußlandpässe im Berliner Polizeipräsidium rechtzeitig in Ordnung bringen ließen. Man begreift es, daß auf die Behebung des Karl Liebknechtbauwes, auf das Verbot der Roten Fahne, auf die Durchscheidung der Reichstagszimmer der KPD, nichts anderes erfolgte, als höchstens ein papierenes Protest.

Der deutsche Stalinismus handelt nicht an mit der Staatsgewalt. Er fordert höchstens andere dazu auf. Denn er kennt im Grunde die ganze innere Schwäche seiner Position.

Vom Kommunismus her kann keine Zukunft kommen. Jedes Vertrauen, das ein hungernder Menschenbruder dem Stern von Moskau ortet, ist an einen Abgrund abgeworfen. Der Kommunismus ist der große Reichtum des Proletariats, nicht der Fruchtbarkeit seiner Zukunft. Wir werden in den nächsten Wochen die Zerleure von Moskau eben so schonungslos anprangern müssen wie den Vagabunden des braunen Hautes. Beigen wir, jeder an den Menschen und Dingen der eigenen gemeinsamen Erlebnisse, den Bankenden und Suchenden um uns, wie es in der nächsten Wirklichkeit um die moralische und geistige Ohnmacht des Kommunismus bestellt ist. Sie werden sich schauernd von jenem hohlen Götzenbild abwenden müssen, von dem ihre Not Hilfe erhoffte.

Dolfuß spielt Papen

Von unserem Korrespondenten

Wien, 7. Oktober.

Die christlichsozial-sozialistische Regierung Dolfuß in Oesterreich legt seit einigen Tagen eine Springschere an den Tag, die nur schlecht zu dem modrigen Leichengeruch, der ihr anhaftet, paßt. Die Regierung, die höchstens über eine einstige Mehrheit im Nationalrat verfügt, führt eigentlich nur mehr ein Schein-dasein, da das Parlament ja bereits grundrätlich seine Auflösung beschlossen hat und sich nur vorbereitend, den Termin für die Neuwahlen in der Herbstsession festzusetzen. Kein Mensch in Oesterreich — am wenigsten Bundeskanzler Dolfuß selbst — zweifelt daran, daß die christlichsoziale Partei aus diesen Wahlen zerstückelt herorgehen wird. Man rechnet damit, daß die christlichsoziale Partei ein Fünftel ihrer Mandate verlieren wird, während die sozialistische Bewegung im nächsten Nationalrat überhaupt keinen Vertreter mehr haben wird.

Nun hat Dolfuß in seiner Not die Gnadenfrist, die ihm die Parlamentsferien noch gönnen, dazu benutzt, um sich ein wenig als „Papen-Imitator“ zu versuchen. Da ihm aber das wichtigste Instrument einer „demokratischen“ Diktatur, der Artikel 48 der deutschen Verfassung, fehlt, hat er seine Zuflucht zu einem echt slumpigen Trick genommen: er ließ von seinen Verfassungsjuristen ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917 ausarbeiten, mit dessen Hilfe während des Krieges die letzte Regierung Kaiser Karls in Oesterreich regierte hat. Das provisorische Verfassungsgesetz der österreichischen Republik aus dem Jahre 1920 sieht überhaupt kein Notverordnungsrecht vor und man ließ deshalb das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz damals vorläufig in Geltung, um während der Parlamentsferien dringende Regierungsakte erledigen zu können. Die Verfassungsnovelle aus dem Jahre 1929 hat aber dann ausdrücklich ein eigenes — freilich sehr eingeschränktes — Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten festgesetzt, durch das das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz jede Geltung und jeden Sinn verloren hat.

Zu diesem unglücklichen Gesetz hat nun die österreichische Regierung ihre Zuflucht genommen. Das Echo auf sozialdemokratischer Seite ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: die Sozialdemokraten haben der Regierung Dolfuß bereits unzweideutig erklärt, daß Diktaturexperimente seiner Regierung in wenigen Tagen das matt flackernde Lebenslicht vollends ausblenden werden. Noch weinlicher dürfte aber Herr Dolfuß das Echo sein, das er bei seinen eigenen Anhängern gefunden hat, denn dieses hat keine wahren Absichten allzurausgibt. Schon haben sich die christlich-sozialen Hausbesitzer gemeldet, um die Abschaffung des Notverordnungsrechtes zu verlangen. Schon melden sich die Unternehmer mit Ansprüchen auf Drosselung des Streik- und Koalitionsrechts der Arbeiter.

Mit Hilfe des Notverordnungsrechts, das der österreichische Bundespräsident seit dem Jahre 1929 tatsächlich hat, läßt sich all das in Oesterreich nicht durchsetzen. Nach der österreichischen Verfassung muß nach Erlassung jeder Notverordnung binnen acht Tagen der Nationalrat einberufen und ihm diese Verordnung vorgelegt werden. Findet sie dort keine Mehrheit, dann tritt sie außer Kraft. Deshalb verliert Dolfuß, der seine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat, mit Hilfe eines slumpigen Tricks sich als österreichischer „Papen“ zu etablieren. Aber Dolfuß' roßiger Traum von der Rettung durch Notverordnungsakt wird sich bald als der kurze Traum einer Nacht entpuppen!

„Verklagen Sie den Burschen!“

Von Philipp Scheidemann

Kaum ein Tag vergeht, an dem der Postbote bekannteren Genossen nicht Briefe ins Haus bringt, die die Aufforderung enthalten, den Nazi Schwindelbater zu verklagen, weil er dies und jenes behauptet hat, oder einen Prozeß anzustrengen gegen die Naziblätter, weil sie allerlei Schimpereien gedruckt haben. Solcher Ansprüche in allen Fällen Folge zu leisten, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Man kann sich ab und zu einen besonderen Frechdachs herausgreifen, um ein Exemplar zu statuieren; jedes Klagen verfahren — das würde einen Geld- und Zeitaufwand bedeuten, der nicht verantwortet werden kann.

An einem, wenn auch trassen Beispiel soll das gezeigt werden. Gegen den verantwortlichen Redakteur eines hakenkreuzblättes wurde auf Wunsch einer Parteiführerschaft Klage erhoben. Das Blatt kündigte daraufhin durch alle Länder der Welt, in denen deutsche Zeitungen erscheinen, sensationelle Verhandlungen, sowie die moralische und gerichtliche Vernichtung des Klägers an! Prominente Feigen aus allen Parteilagern wurden genannt. Die Verleumdungen wurden zunächst also „mit genauer Quellenangabe“ durch die ganze Welt weiter verbreitet. Kein Wunder also, daß die Hege gegen den Kläger von Tag zu Tag immer infamer wurde. Eines Tages befand sich unter den ihm eingeschickten

Die Beamten und die Nazis

Wie die Beamten betrogen werden.

Cutin, 6. Okt. Wenn in irgend einem Ländchen, dann sind die Nationalsozialisten in Odenburg von der Beamtenchaft gefördert worden. Die Quittung haben sie von der nationalsozialistischen Regierung auch erhalten. Die odenburger Regierung hat es abgesehen, Vertreter der Beamtenverbände zu empfangen. Mit der Regierungspolitik der Nazis befaßten sich nunmehr in großen Protokollversammlungen der Landes-Belehrerverein und der Deutsche Beamtenbund. Gegen die maßlose nationalsozialistische Parteibuchwirtschaft, gegen die Ablehnung des Empfangs der Beamtenvertreter sowie gegen die Reichsleistungen weit übersteigenden Kürzungen der Beamtengehälter ist von den Beamten härtester Protest erhoben worden. Als einige nationalsozialistische Landtagsabgeordnete den Versuch machten, die Maßnahmen der Regierung zu verteidigen, steigerte sich die Erregung in der versammelten Beamtenchaft, so sehr, daß die Nationalsozialisten den Saal verlassen mußten. Danach scheint die Beamtenchaft in Odenburg von der vielbesprochenen Herrlichkeit des Dritten Reiches gründlich kuriert zu sein.

Hege gegen Gewerkschaften

Aus der Papen- und Hugenbergpartei heraus

In einem Beschlusse der deutschnationalen Presse (A. B. Nr. 234, vom 6. 10. 32 der Süddeutschen Zeitung) ist zu lesen:

„Wenn die Reichsregierung in Sorge um das Schicksal der Arbeiteropfer geistlich allseitige Maßnahmen trifft, so grenzt es an wirtschaftlichen Landesverrat, wenn die Gewerkschaften sich widersetzen. Die Verordnung zur Durchführung der Maßnahmen der Reichsregierung in Sachen des Wirtschaftsplans sind bindendes Recht auch für die Gewerkschaften, ebenso wie das Schlichtungsgebot bindendes Recht für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist. Die Gewerkschaften handeln widerrechtlich, wenn sie offen oder heimlich die Durchführung des Wirtschaftsplans der Reichsregierung mit dem Ziel, den Arbeitsmarkt dauernd nach Krisenperioden zu entlasten, verhindern. Die soziale Friedenspflicht besteht also für die Gewerkschaften, denn diese Friedenspflicht ist nicht daran gebunden, daß die Gewerkschaften mit allen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung einverstanden sind, sondern daran, daß das Gesetz beachtet werden muß. Ob dies Gesetz in Form einer Notverordnung erlassen ist, ändert nichts an der Sache, um so weniger, als die Gewerkschaften nicht einmal den Versuch machen, die Maßnahmen der Reichsregierung vom Staatsgerichtshof als verfassungswidrig feststellen zu lassen. Der Staatsgerichtshof würde einen solchen Antrag zurückweisen, schon aus rechtlichen Erwägungen, denn die sozialpolitische Ermächtigung umfaßt auch das Schlichtungsverfahren. Wenn die Schlichter die zur Durchführung des Wirtschaftsplans der Reichsregierung von den Betrieben vorgenommene Lohnkürzungen für zulässig und rechtserheblich erklären, so bedeutet es eine Verletzung der sozialen Friedenspflicht, sofern sich die Gewerkschaften dagegen auflehnen.“

Das Ergebnis des Europakongresses

Vier Tage lang hat der Europakongress 1932 in Basel abgehalten. Vier Tage lang sind in Vollerammlungen, Kommissionssitzungen und privaten Besprechungen die Vertreter aller europäischen Parteien zusammengekommen, um unter dem Vorsitz von Cobdenbonner Kaiserai die Wege zu betreten, die zu dem von der Paneuropäerinitiative erzielten Ziele führen: den Vereinigten Staaten von Europa.

Das entscheidende Ergebnis des Kongresses ist der Übertrag von einer Politik, die die Regierungen und die führenden Parteien der einzelnen Länder zu einzelnen suchte, zu einem Appell an die Völker selbst, zur schrittweisen, zur parlamentarischen Arbeit. Die erste Aufgabe ist die Gründung der Europa-Partei, die in Zukunft neben der paneuropäischen Union, und als ihre aktive Gruppe den Kampf um die Einigung Europas führen soll.

Die währungsrechtlichen Anträge bezwecken zunächst die Schaffung einer Währungsunion, dann in allmählichem Uebergang, eine Münzunion und schließlich eine Währungsunion. Auf sozialpolitischem Gebiet wird die Schaffung einer europäischen Zollunion in Aussichtnahme der Verträge von Dachs und Streja angestrebt.

In der Frage der Arbeitslosigkeit werden konkrete Anträge bezüglich des Ausbaus europäischer Arbeitsbeschäftigungen in gemeinsamer europäischer Aktion angeregt, bezüglich des Fremdenrechts wird eine Initiative für ganz Europa, bezüglich der Agrarfrage eine Zusammenlegung weiler Produktionsgebiete und die Herabsetzung der Preise der industriellen Produkte gefordert.

Auf kulturellem Gebiet wird von besonderer Bedeutung die Schaffung einer europäischen Akademie der Künste und Wissenschaften sein, auf politischem Gebiet der Beschluß, eine europäische Bundesversammlung auszurufen.

Den Höhepunkt der Schlußarbeiten bildete eine große Rede des Präsidenten der Pan-Europa-Union, des Grafen Cobdenbonner Kaiserai. Alle Kongreßteilnehmer, so erklärte er, seien sich darin einig, daß eine europäische Abwicklung und die Sicherung des europäischen Friedens nur möglich sei durch Schaffung einer europäischen Streitmacht, die stark genug ist, die schließliche Geltung zu gewährleisten. Die Sicherheit müsse aber vor allem moralisch fundiert sein. Es gelte daher durch rechtliche Sicherungen der nationalen Hoheit und Verleumdungspropaganda entgegenzuwirken und die politische Gleichberechtigung zwischen den europäischen Nationen zu sichern. Cobdenbone schloß mit einem kurzen Rückblick auf die paneuropäische Arbeit und mit einem von der Versammlung mit begeistertem Beifall aufgenommenen wichtigen Appell zur Mitarbeit an der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.

Blättern mit den hakenkreuzerischen Schimpereien auch der „Armalbote“ (das ist wirklich kein Scherz!), ein sudamerikanisches Blatt, das in deutscher Sprache erscheint. Und was war aus diesem „Armalbote“ zu erfahren? Er enthielt eine Aufforderung des verklagten Kaspilates, Gelder zur Durchführung des Prozesses zu sammeln, den der noemberverbrecherische Nazi gegen das Datschkreuzblatt anstrengt hat.

Wie alles in der Welt, so nahm auch der Prozeß nach etwa zwei Jahren ein Ende. Und was war das Ergebnis? Der verklagte Redakteur erklärte und mußte in seinem Blatt veröffentlichen:

— er bedauere und bitte den Kläger um Entschuldigung „denn nichts von allen aufgestellten Behauptungen könnte er aufrechterhalten, geschweige denn auch nur im entferntesten beweisen.“

Der Geschworne verpflichtete sich außerdem zu einer Zahlungsabgabe von wenigen Blättern druckte keine der Zeitungen, die die Klage verbreitet hatten, das Endergebnis des Prozesses ab. In den Köpfen der Leser (vielleicht tausender von Zeitungen) hatten die niederträchtigen Verleumdungen sich aber längst als „Tatpöden“ festgesetzt.

Freistaat Baden

Graf Douglas für Kontingentierungspolitik

St. Konstanz, 7. Okt. Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, gewährt dem Leiter der Konstanzer Zeitung ein Interview, bei dem er sich über die aktuellen Fragen der Agrarhilfsmaßnahmen, insbesondere über die Kontingentierungspolitik äußert. Für die Landwirtschaft bleibe nichts anderes übrig, als Kontingentierung zu verlangen. Das Ziel der deutschen Landwirtschaft, so führt Dr. Graf Douglas fort, sei, Deutschland vollständig freizumachen von den Zufuhren ausländischer Lebensmittel. In vorliegenden Produkten, wie Getreide, Mais, Kartoffeln und einer Reihe von Gemüsesorten sei die deutsche Landwirtschaft bereits heute in der Lage, Deutschland selbst zu versorgen. Die Aufgabe der Landwirtschaft sei es, auch in anderen Warengruppen die Produktion so zu gestalten, daß Deutschland nur unbedeutende Mengen einzuführen brauche.

Hat der Präsident der Landwirtschaftskammer bei diesen Erklärungen auch daran gedacht, daß sich die ausländischen Staaten — wie bereits die Praxis beweist — durch gleiche Maßnahmen reorganisieren werden und damit der deutsche Export gedroht wird, was eine neue Erhöhung der Arbeitslosigkeit bedeutet?

Ein zeitgemäßer Zeitungs-Professor

Herr von Ehardt auf dem Boden der „gegebenen“ Verhältnisse

Das Institut für Zeitungsweien an der Universität Heidelberg war von Anfang an eine unrichtige Sache. Befanden doch gleich starke Bedenken, daß dieses Institut vielleicht eines Tages ein Werkzeug wirtschaftlicher und politischer Reaktion sein könnte, die damit eine bequeme Handhabe bestie, den heranwachsenden akademischen Nachwuchs des Zeitungsweien im Sinne ihrer Tendenzen zu beeinflussen. Diese Bedenken gegenüber einer an sich zu begründenden Institution wurden noch verstärkt, als damals vor etwa fünf Jahren bei der Gründung des zeitungswissenschaftlichen Instituts der Universität Heidelberg der damalige Reichsbrandpräsident Dr. Schacht eine Rede hielt, die eine scharfe Attacke gegen die Zeitung als ein Organ der Meinungsbildung bedeutete und dafür starke Propaganda für die Nachrichtenpresse im Sinne amerikanischer Reportage machte. Wir entkamen uns noch genau, wie damals in weiten Kreisen der Zeitungsleute allgemeines Kopfschütteln über die Rede Schachts herrschte und Herr Schacht durch seine abendliche Rede über Dinae, die wenigstens Tausendfach vertrieben, seinem Renommee den ersten Schlag gab, als er sonst noch als angeleglicher großer Finanzfachmann in höchster Blüte stand. Die Ablehnung dieser Tendenzen, die Zeitung zu einem Reportageorgan zu machen, hat sie wie bisher als Organ der öffentlichen Meinung weiter zu bilden, war so stark, daß selbst das zweifelhafte national und autoritär veranlagte Heidelberger Tageblatt gegen diesen Versuch zur Umbildung des Zeitungsweien Sturm lief. Im übrigen wäre dieser Vorgang heute längst begraben, wenn er nicht plötzlich durch den Leiter des Instituts für Zeitungsweien an der Universität Heidelberg, Herrn Professor von Ehardt, eine sehr akute Bedeutung bekommen hätte, die es notwendig macht, sich mit ihm zu beschäftigen.

Mehr noch wie das Zeitungsweien selbst hat Herr Professor von Ehardt von jeher eine sehr problematische Natur. Durch eine vielfach nicht sehr glückliche Personalbeurteilung des sonst sehr geschätzten Soziologen Alfred Weber, sehr schnell und sehr jung auf eine überaus einflußreiche und bedeutende Professur gehoben, zeichnet sich der, so viel wir wissen, aus dem Baltischen geborene „Zeitungsweienfachmann“ von Ehardt durch eine „Betriebsamkeit“ aus, die all das in den hinteren Jahren, was man von Politikern ähnlichen Schlages gelernt hat. Politisch schwamm dabei Herr von Ehardt zwischen allen Schiffen. Bald wurde er als demokratisch deklariert, bald als faschistisch — immer oben zu sein, das verstand er aber sicher. So hat er die verschiedensten Strömungen umschifft, bis er heute anheimelnd das ihm persönlich zugewandene Fahrwasser gefunden hat und sich durch eine Liebeserklärung an den „autoritären Staat“ auf dem Boden der für ihn anheimelnden der Entwicklung sich befindlicher gegenwärtiger Verhältnisse stellt. In der Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitsgeberverbände veröffentlicht nämlich Herr Professor von Ehardt einen Artikel: „Der autoritäre Staat und die Freiheit der Presse“, der eine Unbedeutung an den Faschismus darstellt, wie wir sie in dieser mehr als eindeutigen Form außerhalb des ausgesprochenen Rechtsradikalismus noch nirgends finden konnten. Er führt aus, daß der Staat, nämlich Deutschland, von neuem ein Autoritätsstaat werden wolle. „Ohne jeden Zweifel wirken hier die großen Beispiele mit, die unsere Zeit hervorgebracht hat“, nämlich Rußland und Italien. Wie dort, so hier, wolle die Regierung gar nicht wissen, ob man ihrem Verhalten zustimme oder nicht, sie wolle regieren und nicht gestört sein. Die Presse, die bisher durch ihre Kritik Meinungen geäußert habe, soll nun einheitlich werden. Können sie das, ohne an Bedeutung und Sinn zu verlieren? „Ich glaube, daß sie dies tatsächlich kann. Wir dürfen uns nicht täuschen. Es gibt eine Möglichkeit, einen objektiven Tatbestand darzustellen.“ Man brauche nur die Reportage für ebenso bedeutungsvoll zu erklären, wie die Betrachtung oder die Kritik. „Die Presse soll für eine Weile nicht mehr meinungsgebend wirken wollen, wenn ihr das vom Staat aus untersagt ist. Sie soll jetzt eben nichts anderes sein als eine „Zeitung“ im alten Sinn des Wortes, und sie soll Fähigkeiten entwickeln, die Dinge zu finden, die für die Regierung noch nicht „staatsreif“ sind. Man habe geglaubt, eine staatlich kontrollierte Presse würde unerschrocken langweilig sein, aber Herr von Ehardt findet die Presse Italiens und Rußlands sehr interessant. „Und damit entfällt das so überaus heikle und schwierige Problem der Pressefreiheit... Der Geist wird in seiner Sphäre nicht wirklich eingeschränkt, wenn man ihm neue Aufgaben zuweist, von ihm eine neue Ausdrucksform verlangt. Man wird sich dem nicht widersetzen können.“

Es gehört schon allerhand Kühnheit dazu, in dieser Art und Weise als Leiter eines Instituts für Zeitungsweien für einen Staat Propaganda zu machen, der, wenn es nach diesen Wünschen von Ehardt ginge, die durch die Regierung von Papen eingeleitete Reaktion noch um mehr als ein Erkleckliches überschreitete. Herr von Ehardt, der zweifellos mit seinen Wünschen auf Seiten der heute in Deutschland herrschenden preussischen Junker steht, findet nach diesen Darlegungen allem Anscheine nach das Regime von Papen von ganz. Macht noch zu liberal und macht bei ihnen für ein Regime Propaganda, das hinsichtlich der Unterdrückung der Meinungsfreiheit Deutschland etwa auf die Linie Italiens und Rußlands bringen soll. Allerdings dies, für den Leiter eines Zeitungsweien, dessen Aufgabe, wenn er das Interesse des Zeitungsweien wahren soll, doch andere wären! Nicht mit Unrecht erklärt daher die Frankfurter Zeitung zu den Auserwählten von Ehardt: „Wir entnehmen daraus, daß Herr von Ehardt mit der Idee eines autoritären Staates in jedem Maße, das ein Autorität nur wünschen kann, sich abgefunden hat und bereit ist, die Freiheit der Presse preiszugeben; Herr von Ehardt aber ist nun Professor gegen Zeitungsweien.“

Diese Charakterisierung des Herrn von Ehardt als „Professor gegen Zeitungsweien“ dürfte nach seiner jetzigen Entwicklung das Richtige treffen. Sie müßte aber auch Anlaß sein für die Organisationen der Zeitungsweien und vor allem für den Reichsverband der Presse, Stellung dazu zu nehmen, ob ein Mann, der seine Aufgabe darin sieht, die Freiheit der Presse zu beseitigen, geeignet ist, Leiter eines Instituts für Zeitungsweien zu sein. Ebenso sehr wäre es aber auch für den badischen Landtag vonnöten, die Entwicklung des Leiters des Instituts für Zeitungsweien an der badischen Universität Heidelberg, der nun ein Professor gegen Zeitungsweien geworden ist, einmal zu verfolgen und nach dem Richtigen zu sehen.

Der Hitler-Abel

Wir geben vor einigen Tagen unseren Lesern Kenntnis von dem Protest mißveranlagter nationalsozialistischer Aboliger gegen den Herrn von Papen, wobei wir daraus gewisse Schlüsse auf die inneren Beziehungen gewisser Junkerkreise zu den Nationalsozialisten schlossen. Der nationalsozialistische Führer protestierte nunmehr mit einer Verlängerung dieser Liste mißveranlagter nationalsozialistischer Aboliger auf, indem er einseitig Seiten einen Brief des Herrn von Reichenau an Herrn von Papen widmet, worin dieser durch die neuliche Hausung des sogenannten „Kaufmanns“ der Nationalsozialisten seinem Schmerz Ausdruck gibt, daß Herr Hitler nicht zu seinem Ziel gekommen ist. Von Reichenau bezeichnet sich in diesem Schreiben als „neuer Gefolgsmann meines Führers Adolf Hitler“, womit dieser ehemalige „Diplomat“, wohl das Nachsehen seiner Geistes- und Urteilskraft gegenüber jener Zeit dokumentieren will, als ein Bismarck, der für ihn damals sicher ein Abgott war, die Geschäfte des Reiches leitete. Für die arbeitenden Volksmassen ist dieses protzige Getue des nationalsozialistischen Führers mit der „Erschließung von Reichenau“ jedoch ein neuer Beweis dafür, daß die nationalsozialistische Bewegung auch heute noch, trotz aller Erfahrungen, nicht anderes ist als ein Absteigequartier für mißveranlagte Adelige und sonstige abgelebte Nutznießer des alten Systems. Wer das Interesse des arbeitenden Volkes wahren will, hat daher weder bei den Nationalsozialisten noch bei den Deutschnationalen etwas zu suchen.

Aus dem Badischen Staatsanzeiger

Das amtliche Organ der badischen Regierung, die Karlsruhe Zeitung, orakelte dieser Tage über die „Rechtsparteien im Wahlkampf“. Dabei gelangte an... end seiner Betrachtungen der Staatsanzeiger zu der Schlussfolgerung, die Sozialdemokratie habe im Reich und in Preußen ihre Rolle ausgespielt, deshalb habe die Liebe der Nationalsozialisten ein Bündnisangebot gemacht. Die eine Behauptung ist ebenso politischer Quatsch wie die andere, aber in der Redaktion unseres fürtrefflichen Regierungsorgans glaubt man offenbar den paar alten Kanzleischreibern, die mit saurer Miene täglich in harter Pflichterfüllung den Staatsanzeiger leeren müssen, könne man solchen Ansinn schon vorsehen.

Der Badische Staatsanzeiger läßt uns demselben noch darüber im unklaren, ob er wünscht, daß es in Baden auch so kommen möge, wie er es vom Reich und von Preußen behauptet. Wie dem aber auch sei: die Redaktion des Badischen Staatsanzeigers hat wenigstens ihre Bittkarte abgeben. Wir haben allen Herren zu Diensten, bitte, uns nicht zu verzeihen — erforderlichensfalls.

Nazis und Kozis

Vor einigen Tagen hatten die Kommunisten im geheimen ein auf dem Fernschaltungsweg hergestelltes Flugblatt verbreitet, in welchem aus der moralisch verrotteten und auch sonst erbärmlichen Geistesverfassung heraus verleumderische Angriffe und Behauptungen gegen die sozialdemokratischen Führer überhaupt, gegen Severing, Störbe, Schöppin und Kozbach im besonderen erhoben werden. Wir haben auf die echt kommunistische Sudelei bereits hingewiesen. Sie ist natürlich von den Kommunisten auch dem Führer in die Hände gespielt worden, zur freundlichen Unterstützung der bubenhaften kommunistischen Heße. Bei den erwiesenermaßen sehr nahen Beziehungen, die die Nazis und Kozis zu einander unterhalten, ihre Mitglieder wechseln ja beständig von

„Gebt den hungrigen Speise spendet zur Winternothilfe 1932/33.“

dem einen Lager ins andere hinüber, hat der Führer der Kommunisten den Gefallen getan und den Inhalt des Flugblattes in seiner Freitagausgabe sogar auf der ersten Seite zum Abdruck gebracht. Die Kommunisten werden dafür sich wieder erkenntlich zeigen.

Obwohl der Führer genau weiß, daß die Sudeleschrift von den Kommunisten ausgeht, tut er so, als glaube er, sie sei von der Opposition innerhalb der Eisernen Front, der Gewerkschaften und des Reichsbanners ausgegangen. Um diesen bewußten Schwindel zu stützen, behauptet der Führer, der Volksfreund hätte sich bis heute darüber ausgesprochen. Auch diesen Schwindel spricht der Führer bewußt aus, denn er verfolgt den Volksfreund genau und weiß daher, daß das Gegenteil der Fall ist.

Selbstverständlich lehnen wir es ab, im einzelnen uns mit dem Sudelewert erbärmlicher kommunistischer Vurschen uns zu befassen. Das hieße denn doch, dieser Gesellschaft eine wirklich unverdiente Ehre erweisen.

Wollten wir das tun, dann müßten wir täglich im einzelnen auch auf alle Verleumdungen und Schmähungen eingehen, die in der sogenannten Arbeiterzeitung gegen führende Sozialdemokraten erhoben werden. Diese wollen verleumben um jeden Preis, das ist auch das einzige, wozu sie fähig sind. Und genau so steht es um die Nazis. Gleich und gleich gesellt sich gern.

Residenz-Anzeiger und Gewerkschaften

Nicht nur in den Wohnungen der Arbeitslosen gehen heute Not und Elend um, sondern auch viele der noch in Arbeit Stehenden haben schwer zu kämpfen. Die Lohnkürzungen in Verbindung mit der Kurzarbeit haben das Einkommen des Arbeiters auf das Existenzminimum herabgedrückt, so daß er sich nur schwer über Wasser halten kann und viele Arbeiterfamilien fast kaum mehr als das Brot kaufen können. Ist es da nicht beargwünzlich, daß die Arbeiterchaft den Plänen der Reichsregierung auf noch weitere Lohnkürzungen fürchten Widerstand entgegensetzt und mit allen Kräften bemüht ist, wenigstens das Lohnminimum zu halten, das sie heute noch hat. Die Arbeiterchaft hat nicht nur Verständnis dafür, daß die Arbeitslosen wieder in Arbeit kommen, sondern sie bemüht sich durch das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften und der Partei, alles zu tun, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit damit zu beseitigen. Um so unbegreiflicher ist es daher, wenn gewisse Stellen, die sich angeblich noch als arbeiterfreundlich gerieren, dem Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften Widerstand leisten und die Arbeiterchaft verurteilen, wenn sie sich gegen weitere Lohnkürzungen wendet.

Wir müssen es daher auf das Entschiedenste zurückweisen, wenn der Karlsruhe Residenz-Anzeiger Stellung gegen die Gewerkschaften nimmt, weil sie sich gegen das lohnkürzende Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung stemmen. Es gehört schon allerhand dazu, angesichts der heutigen Minimallohne den Gewerkschaften vorzuwerfen, wie dies der Residenz-Anzeiger tut, sie würden sich an Volk und Vaterland veräußern, wenn sie sich gegen das Papen-Programm wenden. Demagogisch jedoch ist es vollends, wenn der Residenz-Anzeiger erklärt, die Haltung der Gewerkschaften sei eine „unerhörte Provokation gegenüber den Millionen arbeitsloser Volksgenossen“. Weis der Residenz-Anzeiger nicht, wie sehr die Gewerkschaften nicht nur gestern oder heute, sondern all die Jahre her immer wieder bemüht waren, für Entlastung der Wirtschaft zu sorgen, wie sie schon vor Jahren mit ihrer Forderung auf Herabsetzung der Arbeitszeit die stärkste und beste Anregung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit gaben und wie sie jetzt wieder durch ihr Wirtschaftsprogramm der Wirtschaftsentlastung neue Initiativen zu geben sich bemühen. Wenn dabei die Gewerkschaften sich gegen weitere Lohnkürzungen wenden, so vertreten sie dabei sowohl das Interesse der noch in Arbeit Lebenden wie das Interesse der hoffentlich bald zur Arbeit zurückkehrenden Arbeitslosen. Denn eine weitere Lohnkürzung würde sowohl für die noch Arbeitenden wie für die zur Arbeit Zurückkehrenden eine Entlohnung bedeuten, die zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben wäre. Erst dieser Tage mußte die Hauptversammlung des deutschen Einzelhandels in einer Deklaration feststellen, daß eine weitere Lohnkürzung die Kaufkraft noch mehr verringern würde und eine Wirtschaftsentlastung daher, statt Kaufkraftentzug, Kaufkrafthebung gebieten müßte. Lohnkürzung wie sie das Papen-Programm vorsieht, können die Arbeiterchaft jedoch nicht vorwärts bringen.

Die Bormwürde des Residenz-Anzeigers gegen die Gewerkschaften gehen daher völlig daneben, und wenn er sich schon in der Rolle des politischen Wuhpredigers gefällt, dann sollte er als „politisch unabhängig für alle Stände in Stadt und Land“ sich an jene Stände wenden, die teils durch ihr starrs Verhalten in sozialer Hinsicht, teils durch ihre nationalsozialistische Engherzigkeit die Wirtschaft in jene Sackgasse gebracht haben, in der sie sich heute befindet.

Der freiwillige Arbeitsdienst für die männliche deutsche Jugend

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Unter obigem Titel veröffentlicht der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Herr Präsident Dr. Sorup, in Nr. 27 des Reichsarbeitsblattes einen Aufsatz, in welchem in übersichtlicher Weise die für den freiwilligen Arbeitsdienst geltenden Bestimmungen behandelt werden. Von dieser Abhandlung sind Sonderdrucke in handlicher Form hergestellt worden. Das Heft wird zum Preise von 50 Pf., für das Einzelstück abgegeben. Bei Bestellungen von mindestens 10 Stück ermäßigt sich der Preis auf 45 Pf., ab 50 Stück auf 40 Pf. und ab 100 Stück auf 35 Pf., einschließlich Versandkosten. Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle des Reichsarbeitsblattes, Berlin NW 40, Schwanenstraße 33, entgegen.

Wehlpreiserhöhung der süddeutschen Mühlen.

St. Mannheim, 6. Okt. Nachdem am 3. d. Mts. die Wehlpreise von den süddeutschen Mühlen um 0,30 RM, je Doppelzentner herabgesetzt worden sind, wurde heute eine neue Preiserhöhung um 0,10 RM, je Doppelzentner vorgenommen. Der Großmühlendruck für Weizenmehl Spezial Null beträgt somit 31,40 RM.

Roth-Händle (dunkel) **„Hoco“ (hell)** **Rival (hell)**

2 1/2 \$ Zigaretten

also billig warum?

weil keine teure Reklame weil einfache Verpackung trotzdem gut, rein, würzig

der Erde meistgeraucherter Typ!

Der 20. Juli in Preußen

Eine interessante Darstellung Severings

Am 20. Juli führte die Regierung der Barone ihren verfassungsmäßigen Streich gegen die Preußenregierung. Auch innerhalb unserer Partei sind kritische Stimmen über das Verhalten unserer Genossen Otto Braun und Severing laut geworden, weil sie keinen aktiven Widerstand geleistet haben. Wir haben die taktische und persönliche Haltung unserer Genossen in der preußischen Regierung gegenüber dem Schicksal der Regierung der Barone zu verstehen vermögen. Nun hat Genosse Severing in einer Parteiverammlung in Berlin-Lichtenberg sich eingehender über jene Vorgänge und über seine Haltung geäußert. Wir geben nach einem im Vorwärts erschienenen Versammlungsbericht den in Frage kommenden Teil der Rede Severing nachstehend wieder:

„Im neuen Landtag stand eine riesenartige Mehrheit gegen die Regierung. Allein die 162 Nationalsozialisten waren ebenso stark wie die bisherige Regierungskoalition. Da fragt man uns: Warum seid ihr da nicht gleich am 26. April nach Hause gegangen? Das wäre sehr bequem gewesen, aber hätte uns sicher kein Lob gebracht. Einmal waren wir durch unsere Eide bis zum Ablauf der alten Legislaturperiode, bis zum 19. Mai, zum Aushalten verpflichtet, dann aber trieben uns auch politische Gründe. Nach den Spielregeln der Demokratie hätte sich eine neue Regierungsmehrheit bilden müssen, die sich nur aus Nationalsozialisten und Zentrum zusammensetzen konnte. Eine nervöse Deserteurpolitik hätte den Nationalsozialisten bei ihren Verhandlungen mit dem Zentrum alle Trümpfe in die Hände gespielt.

Am 20. Juli wurde der Reichskommissar eingesetzt, angeblich, weil Preußen seine Pflicht nicht erfüllt habe. Das ist nicht der wahre Grund. Vorher hat man selbst zugegeben, daß man nicht rechts der Wilhelmstraße eine andere Politik betreiben werden wolle, als links der Wilhelmstraße. So war es und alles andere ist eitel Schwindel, ganz gleich, ob der Staatsgerichtshof das anerkennt oder nicht. Wie erfolgte die Exekution? Ich habe zehn Jahre so regiert, daß ich im politischen Freund und im politischen Gegner zuerst den Volksgenossen sah, und ich erwartete, auch so behandelt zu werden. (Zurufe: Verkehrt, verkehrt!) Severing (lebt erregt): Es war doch richtig! Ueber der politischen Zweckmäßigkeit muß die menschliche Anständigkeit stehen. (Lebhaftes Bravo!) Vor allem für uns Sozialdemokraten, die wir Kulturträger waren und sind. Als man uns rief, behandelte man uns wie Rekruten. Freilich steht dies Verhalten in der deutschen Geschichte nicht ein einziges da. Auch Bismarck und Stein sind nicht in würdiger Form entfernt worden. Ich las jetzt wieder einmal den Ballenfein, und bei den Seiten des Reiterliedes: „Die Falschheit herrscht, die Hinterlist bei dem feigen Menschenechlechte“ kamen mir mancherlei Gedanken. Auch aus parteigenösslichen Kreisen ist uns gesagt worden, wir hätten am 20. Juli eine andere Taktik einschlagen sollen, wir hätten den Generalstreik proklamieren und die preußische Regierung hätte mit allen Machtmitteln Widerstand leisten sollen. Einmal wäre das eine glatte Verfassung des Volkswillens vom 24. April gewesen, und dann; wenn man den offenen Kampf aufnimmt, dann muß man mindestens ebenso stark sein wie der Gegner. Vergessen wir nicht, daß die Landespolizei nach gewissen Bestimmungen der Reichsverfassung dem Reich unterstellt werden kann. Als ich in der Reichskanzlei erklärte: ich weiche nur der Gewalt, verließ ein Beamter das Zimmer.

Wenige Minuten darauf war der militärische Ausnahmezustand verkündet, das Verfassungsrecht über die preußische Polizei stieg auf den Militärbefehlshaber über. Reichsrecht dringt Landesrecht. Und sollten wir nun einen ausfallslosen Putz verüben? Nein! Wir wären unterlegen, und ich darf wohl tapfer sein auf meine Kosten, aber nicht auf Kosten meiner Beamten, die dann entweder totgeschossen oder ohne einen Pfennig Anspruch auf der Straße gelegen hätten. Zudem: am 20. Juli waren Papen und Hitler, Rube und Bracht ein Herz und eine Seele. Hätte ich so, wie man es mir da vorhält, gehandelt, wir hätten keine Wahl mehr gehabt, der ganze Faschismus hätte die Macht ergriffen. Das Ende der deutschen Arbeiterbewegung wäre auf lange Zeit besiegelt gewesen. Mit ihrer Erregung, Genossen, bin ich vollkommen einverstanden, ich würde es beklagen, wenn Sie nicht erregt wären. Aber hätten wir vielleicht die kommunistische Kinderei eines einständigen Demonstrationstreiks mitmachen sollen? Ich sage: Gensgen Widerstand oder gar keinen! Wenn wir das heiße Herz über das kühle Blut hätten stecken lassen, wir hätten Papen den größten Gefallen getan. Die Revolache für den 20. Juli wird kom-

men! Wir müssen sie vorbereiten durch intensives Parteiarbeit. Lassen wir uns nicht einfangen von den Rattenfängermedien der Kommunisten. Denken wir daran, daß die Kommunisten Seite an Seite mit Eugenbergs und Hitlers dem Volkswillens gegen die Sozialdemokratie gemacht, daß sie noch nach dem 24. April gegen die geschäftsführende preußische Staatsregierung ein ausdrückliches Mißtrauensvotum einreichten. Vereinen wir klaren Kopf und ataubende Begeisterung, handeln wir nach dem Schlusswort des Reiterliedes:

Und sehet ihr nicht das Leben ein,
Wie wird euch das Leben genommen sein!

(Starker, anhaltender Beifall.)

In der Diskussion fragte Richter: Warum die Regierung Braun-Severing noch kurz vor dem 20. Juli die Finanzmaßnahmen, die vom Reich verlangt wurden, wie die Schlachtsteuer u. a., durchgeführt hätte? Lees tabelte, daß vor dem 20. Juli von

Rote Jugend marschbereit

Zum internationalen Jugendkongress in Prag

Zwei bedeutende Veranstaltungen haben unmittelbar vor Beginn des fünften Wahlkampfes dieses Jahres die Arbeit der sozialistischen Jugend stark in den Vordergrund des Interesses gerückt. Die Sozialistische Arbeiterjugend führt in der ersten Hälfte des Monats Oktober eine Reichswerbung durch, und aus Anlaß des fünfundsiebzigjährigen Bestehens der Sozialistischen Jugend-Internationale findet in der gleichen Zeit eine internationale Rote Jugendwoche statt. Am Schluß dieser Woche wird am 9. Oktober in Prag der vierte Kongress der Sozialistischen Jugend-Internationale eröffnet. Beide Veranstaltungen dokumentieren die ungebrochene Lebenskraft der internationalen sozialistischen Jugendbewegung und widerlegen die trügerische Behauptung der Gegner: die Sozialdemokratie sei eine sterbende Partei. Auf der Gründungskonferenz der Internationale in Stuttgart vertraten die Delegierten der sozialistischen Jugendverbände rund 50.000 Mitglieder. Das Sekretariat der Internationale berichtet jetzt, daß die Internationale am 31. Dezember 1931 mehr als 270.000 Mitglieder umfaßte.

Die erfreulichste Tatsache dieser Aufwärtsentwicklung besteht aber darin, daß sie in den schweren Kriegsjahren seit 1929 nicht unterbrochen wurde, sondern sich weiter fortgesetzt hat. In den Jahren 1929 bis 1931 erhöhte sich die Mitgliederzahl der Sozialistischen Jugend-Internationale um mehr als 50.000. Diese Entwicklung hat auch im Jahre 1932 ungehalten, ein Beweis dafür, daß selbst Wirtschaftskrisis und faschistische Reaktion die Kraft der Internationale nicht zu erschüttern vermögen.

Die Sozialistische Jugend-Internationale ist heute ein unzerrenbarer und weitestlicher Bestandteil der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie erfüllt die wichtige Aufgabe der Erziehung, Sammlung und Erziehung der arbeitenden Jugend im Sinne des internationalen Sozialismus und sie führt damit der internationalen Arbeiterbewegung den lebensnotwendigen Nachwuchs für ihre entsehbaren Kämpfe in Gegenwart und Zukunft zu.

Der Kongress in Prag wird nur die verhältnismäßig kleine Zahl der führenden Funktionäre der internationalen sozialistischen Jugendbewegung vereinen, aber sie können dort beraten und beschließen in dem Bewußtsein, daß der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit in den besten Teilen der arbeitenden Jugend trotz Nationalismus und Faschismus feste Wurzeln gefaßt hat. Das gilt vor allem auch für die deutsche sozialistische Arbeiterjugend. Unsere Jungen und Mädchen haben in diesem Jahre bewiesen, daß sie an Kampfesfreudigkeit und Arbeitswillen der älteren Generation in nichts nachstehen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Den stärksten Auftakt zu dieser Werbekaktion bildete ein Landbestreifen der Sozialistischen Arbeiterjugend des Freistaates Sachsen am ersten Oktobersonntag. Wir haben in den sächsischen Bezirken rund 10.000 Mitglieder. Nicht weniger als 8000 Jugendliche marschierten an diesem Sonntag in Chemnitz auf. Die Arbeiterjugend dieser großen sächsischen Industriestadt, die beinahe ununterbrochen unter der Wirtschaftskrisis leidet, brachte für ihre jungen Gäste 2000 Privatquartiere mehr auf, als benötigt wurden. Man vergleiche diese Solidarität, diese Opferbereitschaft, die sich in diesen nüchternen Zahlen offenbart, mit

Severina und Grafinski die Zuverlässigkeit der preußischen Polizei immer als völlig unbestreitbar hingestellt worden sei. Andere Redner rügten eine allzu laiche Beamtenpolitik, sie verlangten mehr republikanische Aktivität. Weiter wurde gefragt, ob nicht die preußische Regierung vor dem 20. Juli etwas von den geplanten Maßnahmen gemocht hätte.

In seinem Schlusswort sagte Severina, daß er nicht eine Minute vor der Unterredung in der Reichskanzlei am 20. Juli morgens auch nur hätte vermuten können, was geplant sei. Am Tage zuvor habe er durch Ministerialdirektor Nobis bei Reichskanzler von Papen anfragen lassen, welchem Zweck die für den 20. Juli angedachte Unterredung dienen solle? Man habe ihm geantwortet: landwirtschaftliche und finanzielle Fragen. (Zurufe: Ungehört!) Er habe immer gesagt, daß die preußische Polizei einen Putz niederzuschlagen würde, aber nie behauptet, daß sie gegen die Reichswehr eingeleitet werden könne. In der Beamtenpolitik möchten die Kritiker in manchem recht haben, aber er müsse auch betonen, daß ihm aufrechte Gegner lieber seien als Konjunktur-Sozialdemokraten. Für uns heißt es jetzt: **Vorwärts und durch bis zum Sieg!**

Severing erteilte zum Schluß fürmlichen Befehl, der sich erneuerte, als der Vorabend die Versammlung mit dem Annull schloß, im beginnenden Wahlkampf die Pflicht für die Partei zu erfüllen.“

dem Ergebnis des ersten Reichsjugendtages der Hitlerjugend, der am gleichen Tage in Potsdam stattfand und bei dem 120 Kinder und Jugendliche wegen Entzündung, Hunger und Uebermüdung in die Krankenhäuser eingeliefert werden mußten. Deutschlands Arbeiterklasse steht jetzt im Brennpunkt eines Kampfes um Freiheit und Demokratie in Europa. Die Haltung ihrer Jugend gibt uns, den deutschen Arbeitern, der internationalen Arbeiterklasse die sichere Gewähr, daß sie den Kampf bestehen wird, daß der endgültige Sieg unser sein wird. Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

Das Jugendherbergswerk als Gestalter neuer Lebensformen

Von Otto Wagner, Geschäftsführer der Bad. Jugendherbergen Karlsruhe

Wichtig und schwer lastet die Krise auf uns. Sie ist eine totale. Alle Lebensbeziehungen sind von ihr erfaßt, alle Menschen von ihr geschüttelt als wie im Fieber.

Auch hat es nicht den Anschein, als ob die Dinge so schnell eine Klärung antrieben, wie es erwünscht wäre. Wir müssen uns wohl auf längere Dauer dieses Zwischenzustandes einrichten.

Und ist, wenn die Wolken sich einig teilen, ein solches Sinecurewachen ins goldene Zeitalter denkbar? Damit wird man kaum rechnen können! Wie es auch kommen mag, wir werden uns noch für lange Zeit auf eine äußerst bescheidene Lebenshaltung einstellen müssen.

Erfüllt man die „funktionelle“ Epoche der Oberflächlichkeit mit Stumpf und Spiel werden ausgetrotzt haben, wird das Morgenrot besserer Zeiten am Himmel erscheinen können. Voranhabend hat die Jugendbewegung mit ihrem Schen nach einfacher Lebensgestaltung lange vor Beginn der Krise den Weg geebnet, den das gesamte Volk zu gehen haben wird. Die bemühte Arbeit von der Hippokratik der großen Städte, die Hinwendung zur Natur mit ihrem Waldbesuchen und Ausflugsreisen, die Schaffung primitiver, naturverbundener Lebensformen, die sich auf alle Lebensübernahmen erstrecken, zeigen lehrreich den Weg, den wir insgesamt zu wandeln haben werden.

Dies heißt: Für die Kleidung bemühte Einfachheit und Zweckmäßigkeit, für die Ernährung Beschränkung auf das Naturnotwendige, für die Wohnung abhörrende Einrichtungen bei harmonischer Gestaltung.

Nicht ohne Grund nehmen die Reformbewegungen auf dem Gebiete der Bekleidung, Ernährung und Wohnung einen immer breiteren Raum ein, in allen diesen Belangen ist die Forderung nach Sonne und Licht ausschlaggebend, eine Forderung, die bewußt zuerst von der Jugendbewegung aufgestellt worden ist.

So gilt es denn für Jedermann, eine sinnvolle Entwicklung zu einer besseren Zukunft zu fördern, indem die Jugendbewegung und alle mit ihr verbundenen Einrichtungen gefördert werden.

Unter diesen Einrichtungen spielt das Jugendherbergswerk eine wichtige Rolle. Seine nach dem Grundsatze höchster Zweckmäßigkeit geschaffenen Einrichtungen sind der rechte Rahmen für frohgewagtes Jugendleben, sie sind dazu angetan, hart, kämpferisch und unverbunden zu machen. Die Jugendherbergen sind insofern ein Mittelpunkt alles auf gesunde Reformen gestellten Werdens. Der erstmalige Aufenthalt in einer Jugendherberge ist insofern für Jung und Alt ein Erlebnis von entscheidender Bedeutung.

So stehen die Jugendherbergen mitten im Strudel einer kaum überlebenden Entwicklung als Mark- und Wegzeichen für eine bessere Zukunft, als Richtungsweiser für eine sinnvolle Lebenserneuerung.

Wer ernstlich an unserer Zukunft mitzuarbeiten entschlossen ist, darf in Ermangelung anderer Möglichkeiten seinem Entschluß durch Unterstützung des Jugendherbergswerkes Taten leisten.

Die Sammlungs, die im ganzen Lande zugunsten des Badischen Jugendherbergswerkes veranstaltet wird, gibt hierzu Gelegenheit. Jede Gabe ist ein Baustein an der Zukunft unseres Volkes. Mögen die freiwilligen Sammler offene Hände und Herzen finden.

Volk, nimm den Besen!

Rezepte für Verfassungsdoktoren

Das Kabinett der Barone hat eine Kommission im Reichsministerium des Innern eingesetzt, die Pläne für eine Verfassungsreform auszuarbeiten soll. Unter Verfassungsreform versteht das Kabinett der Barone eine Beschnidung der Rechte des Volkes. Da wir die Absichten dieser sogenannten Verfassungsreform nur zu gut verstehen, erlauben wir uns dieser Kommission altbewährte Rezepte zu unterbreiten!

Die adlige Verwaltung

Schon früher hat es Anzutrübene gegeben, die nicht damit einverstanden waren, daß das Junkerliche Element sich in der Verwaltung breit machte. Diesen Unzufriedenen hat im Jahre 1902 der preußische Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein das folgende entgegengesetzt:

„Der Anteil des Adels beweist doch nur, daß der Adel auch heute noch bestrebt ist, in des Königs und des Vaterlandes Dienst zu treten und darin in vielfach sehr verschiedenen Stellungen zu wirken. Ich glaube nicht, daß der Prozentsatz von 40 überhaupt etwas besonderes Großes ist. Ich treue mich aber über jeden Referendar, der einer Adels- oder Beamtenfamilie angehört... Ja, wenn der Mann zugleich Korpsstudent ist, so könnte ich als Korpsstudent vielleicht daraus den Schluß ziehen, das selbe eben, daß die Korps eine ausgezeichnete Erziehung geben.“

Das sind altbewährte Grundzüge vom Jahre 1902. Das ist erst 30 Jahre her und Herr Bracht hat den Prozentsatz von 40 für den Adel bei den ausschlaggebenden Beamtenstellen schon wieder erreicht.

Der Reichstag

Vielleicht empfiehlt es sich, für die Verfassungsreform des Kabinetts der Barone noch einige Jahre weiter zurückzuarbeiten. Es soll beachtet sein, nicht nur die Rechte des Reichstags zu beschni-

den, sondern auch das jetzige Reichstagswahlrecht dem berichtigten preußischen Dreiklassenwahlrecht wieder anzunähern. Das ist ein alter Plan der Junker und Junkergesellen. So sprach am 28. März 1895 der Unter Graf Mirbach im Herrensaal:

„In allen künftigen Kreisen und weit über diese hinaus würde es mit Jubel begrüßt werden, wenn die verbündeten Fürsten sich dazu entschließen, einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechts ins Leben treten zu lassen und zwar unverzüglich... Ich erlaube mir vorhin zu bemerken, die Aufgabe sei nicht leicht zu lösen. Alexander der Große hand auch vor einer schweren Aufgabe und löste sie sehr schnell. Ich richte an das königlich preußische Staatsministerium die dringende Bitte, es möge die Gefahren der wirtschaftlichen und politischen Situation nicht unterschätzen, sondern alle Kraft daran setzen, daß eine glückliche Lösung gefunden werde.“

Das dieser Junker, Graf Mirbach, im Jahre 1895 im preußischen Herrenhaus nicht dem Kabinett der Barone und seinen Freunden aus dem Herzen gesprochen?

Das Generalrezept

Die Verhältnisse von 1895 sind jedoch den Freunden des Kabinetts der Barone noch viel zu modern und viel zu demokratisch. Wir sind sicher, daß wir in ihrer Seele lesen, wenn wir ihre letzten Worte ausdrücken mit den Sähen eines gewissen Grafen Rechele, der im Jahre 1850 in einer Betrachtung über „die Notwendigkeit und Heiligkeit des Absolutismus“ das folgende schrieb:

„Wir müssen die begonnene konstitutionelle Pappenbeckerarbeit ins Reckrecht werfen und zur absoluten Monarchie zurückkehren. Wir müssen untern Adel wieder herstellen, die autokratisch bäuerlichen Verhältnisse betriebsam ordnen, die Gewerbetreibend, Freiwirtschaft, Heiratsfreiheit, Bodenzerstückelungsfreiheit auf ein vernünftiges Maß zurückführen.“

1850! Das wollen sie heute wieder. Sie wollen um 100 Jahre zurück. Volk, nimm den Besen!



Gleichberechtigung und Abrüstung

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich von Anbeginn zum Kampf gegen die Regierung Baven eingestellt. Sie hat das Ergebnis der Außenpolitik der Reichsregierung von vornherein gelehrt: Isolierung Deutschlands. Sie hat gegen die Rüstungspläne der Reichsregierung energisch Front gemacht. Sie steht darin eine Entfesselung nationalitätlicher und militärischer Instinkte in allen Ländern, eine Bedrohung der Freiheit der Arbeiterklasse und eine Gefährdung des Weltfriedens. In diesem Sinne hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Erklärung am 14. September 1932 einstimmig abgegeben. Wir betonen, daß die Franzosen mit aller Intelligenz ihres Temperaments urteilen und verurteilen. Wir sehen, daß für das eine Frankreich die deutsche Haltung ein gefundenes Fressen ist: „Seht ihr das wahre Gesicht Deutschlands? Wir haben es immer gesagt. Ergo: Abrüstung ist ein Wahnsinn.“ Das andere Frankreich schaut bekümmert auf die Folgen der deutschen Außenpolitik. Es fürchtet die Verschärfung der Verständigungspolitik und die Verschärfung der Friedensidee. Wir freuen uns, daß von Blum die Dinge ohne jene Leidenschaftlichkeit feht und beurteilt. Leider können wir diese Ruhe bei uns nicht in nächster französischer Kadern und Parteigenossen nicht festhalten. Wir geben eine kleine Blütenlese aus dem Straßburger Kartellorgan Freie Presse:

„Die Zerstörung Frankreichs, die Vertilgung Polens, das ist das offen ausgesprochene politische Ziel der gegenwärtigen deutschen Regierung.“

Da auch die Nationalsozialisten, die beinahe die Hälfte des deutschen Volkes hinter sich haben, kein anderes Ziel kennen, kann man sich eine Vorstellung machen von den passivistischen Gefühlen, die jenseits des Rheins zur Zeit die Oberhand haben.“

„Wie eine Meute hungriger Wölfe fällt die deutsche Presse über den französischen Ministerpräsidenten her. ... Ja wenn einem die Wahrheit gesagt wird, dann ist es aus mit der Gemütsfreiheit.“

„Eine Kritik Theodor Wolffs im Berliner Tageblatt hat auch schoneres Unheil angerichtet. Gegenüber allem, was von links her kommt, herrscht eine argwöhnische Empfindlichkeit. Das ist jetzt, in dieser Republik, schlimmer als in der kaiserlichen Zeit“, siliert die Saar-Chronik und sie schließt aus Wolffs Worten: „Die Militärs haben auf der ganzen Linie geiegt“, „Der Militarismus macht sich arauenwooller breit als je.“

Die Freie Presse bringt diese Ansichten unter der Ueberschrift: „Noch schlimmer als unter Wilhelm. Die Angst vor dem neuereuistischen Militarismus.“ Ganz neuzweifelnd schreibt sie in einer Polemik gegen elässige Rechtskreise:

„Fangen wir halt noch einmal von vorne an! Schlägen wir noch einmal 10 Millionen Menschen tot; machen wir noch einmal 20 Millionen Menschen zu Krüppeln! Zerfüren wir zur Abwehslung des Rheinlands mit samt dem Ruhrgebiet, damit die brauen Deutschen auch etwas davon haben.“

Wir kommen nicht in den Verdacht, Chauvinisten zu sein. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Papenregierung es mit Eleganz versteht, in der hohen Politik alle nur möglichen Fenster einzumauern. Wir sprachen gelegentlich der Schleierwerfen Forderungen und bei der Einsetzung eines Reichskuratoriums für die Jugendberufshilfe über die Unbestimmtheit, mit welcher solche Wehrhaftigkeitspläne aufgemacht werden, und wir fügten hinzu, es sei ein Spiel mit dem Gedanken des Krieges. Trotzdem können wir es uns auch nicht verhehlen, dort für Deutschland einzutreten, wo unser Deutschland im Recht ist. Wir haben es immer bedauert, daß die großen Demokratien nicht in weiterem Umfange, als es bisher gesehen ist, die Verpflichtungen erfüllt haben, die sich für sie aus dem Versailler Vertrag ergeben. Dort steht die Forderung, daß Deutschland abzurufen habe. Es steht aber auch dort die Forderung, daß diese Abrüstung der Umfang einer allgemeinen Abrüstung sei. Sie ist bisher nicht erfolgt. Frankreich sagt, seine Sicherheit sei noch bedroht. Gut! Hat aber Deutschland nicht auch ein Anrecht auf Sicherheit? Gilt Versailles nur einseitig für die Besiegten? Deutschland hat ein Anrecht auf seine Existenz. Diese Existenz kann nur gesichert sein, wenn es mit den andern Mächten auf den Boden gleichen Rechts gestellt wird.

Wir deutschen Sozialdemokraten sehen auch die Gefahr, die sich aus den Plänen der deutschen Reichsregierung ergeben; darum kämpfen wir gegen sie, darum lehnen wir deutsche Aufrüstung ab, müssen aber auf der Forderung der Gleichberechtigung bestehen bleiben.

Gewerkschaftliches

Streik in Maxau
Maxau, 8. Okt. Die Arbeiterschaft der Zellulosefabrik Maxau ist infolge Unterschreitung der Löhne in den Streik getreten.

Neueinstellungen bei der Reichsbahndirektion Wuppertal
Wuppertal, 7. Okt. Wie die hiesige Reichsbahndirektion mitteilt, sind in diesen Tagen in ihrem Bezirk mindestens einhundert Arbeiter neu eingestellt worden. Sie werden allerdings zum Teil nur solange beschäftigt werden können, wie die Jahreszeit eine Arbeit am Oberbau zuläßt.

Aus aller Welt

Deutscher Chauffeur in Italien verurteilt
Wien, 7. Okt. Der Ravensburger Chauffeur Karl Stenber, der im August d. J. mit seinem Autobus bei Nals im Vinschgau verunglückte, wurde gestern wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu drei Jahren 15 Tagen Zuchthaus verurteilt. Als das Urteil aus dem Saal in den Saal überbracht wurde, brach Stenber ohnmächtig zusammen. Das Unglück hatte fünf Personen das Leben gekostet, zwölf waren mehr oder minder schwer verletzt worden.

Kirchenrat in Wschaffenburg eingestürzt
In Wschaffenburg fürzte der bereits im Mauerwerk fertiggestellte 20 Meter hohe Turm der neuen evangelischen Pauluskirche in Wschaffenburg-Damm ein. Zum Glück entstand keinerlei Personenschaden. Das Kirchenstift, das im Wschaffenburg bereits fertiggestellt war, wurde durch den Turmeinsturz fast in Mitleidenschaft gezogen. Die Fertigstellung der Kirche erleidet durch den Turmeinsturz keine Verzögerung. Ueber die Ursache des Einsturzes konnte bis jetzt eine Aufklärung noch nicht erfolgen. Ein einwärtiger Seite werden verbrecherische Einriffe vermutet.

Aus der Stadt der Madame Bovary
Wien, 8. Okt. Ein Kaufmann Boulet und Frau aus Rouen (der Stadt von Flauberts Roman „Madame Bovary“) hatten gestern abend einige Gäste geladen. Frau Boulet brachte sie später in ihrem Auto zum Bahnhof. Als sie nach Hause fuhr und den Wagen in die Garage bringen wollte, brach plötzlich Feuer aus. Auf ihre Schreie hin kam ihr Gatte herbeigekürrt, der sie mit gräßlichen Brandwunden bedeckt fand und sofort ins Krankenhaus brachte. Trotz ihrer schweren Verbrennungen wurde sie vernommen und berichtete, daß ein Herr Falcon, als sie das Auto in die Garage fahren wollte, hinter einer Hecke herorkam und einen brennenden Streichholz hinterher. Im selben Augenblick stand das Auto in Flammen. — Gegen Morgen ist Frau Boulet ihren Wunden erlegen; ihre letzten Worte waren: „Das war Falcon, der mir dieses angetan hat.“ Die Polizei hat Falcon sofort vernommen, der aber leugnet, irgend etwas mit dieser Sache zu tun zu haben. Auffällig ist nur eine frische Brandwunde an seiner Hand. Er gab freilich an, sich am Morgen verbrannt zu haben, als er einen Ofen ansandete, was durch sein Zimmermädchen beauftragt wird. Doch ist es noch keineswegs gewiß, daß diese Zeugnis als glaubhaft zu gelten hat. Der Verdacht gegen Falcon wird noch durch ein jetzt auftauchendes Gerücht behärkt, daß er nämlich vor einiger Zeit mit Frau Boulet ein Liebesverhältnis gehabt haben soll, das dann durch sie plötzlich aufgelöst wurde. Die Untersuchungen nehmen ihren Fortgang.

Schweigtsäfte drücken sich aus Sitters Nachbarschaft
Demnach findet auf „Beste Kobura“ eine ganz große Hochzeitsfeier statt. Die Tochter des früheren Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha heiratet einen schwedischen Prinzen. Einladungen waren so stellenweise an alle regierenden oder abgesetzten Dynastien Europas ergangen, vor allem an solche Häuser, die mit einem der beiden Hochzeiter mehr oder minder verwandt sind. So enthielt die Liste der „hohen“ Hochzeitsgäste, die noch vor zwei Wochen von Kobura

aus gemeldet wurde, u. a. die Namen: König Gustav von Schweden, der Prinz von Wales, Erzherzog Ferdinand von Bulgarien, russischer Thronanwärter Großfürst Kirill und — Adolf Hitler.

Dennoch der künftige Schwiegerpapa des Schwedenprinzen ist bekanntlich ein ebenso überzeugter wie spendabler National-„Sozialist“. Seine „Beste Kobura“ ist seit jeher der Sammelpunkt von seinen und allerfeinsten Leuten, die die Sittlerbewegung protegierten und finanzierten, weil sie in ihr die Wegbereiterin für die monarchistische Restauration in Mittel- und Osteuropa erblickten. Kobura ist für die abgesetzten Dynastien ungetrübt das geworden, was Koblenz unter der französischen Revolution für die Bourbonen und ihren abligen Anhang war.

Schon wurden heftige Streitigkeiten zwischen den Koburger SA-Leuten und Stahlhelmen wegen der Reihenfolge im Hochzeitszug, wegen der Aufstellung der Musikkapellen und dergleichen mehr gemeldet, die nur nach langen, schwierigen Verhandlungen geschlichtet werden konnten.

Suswischen handelt es in Kobura Absagen. Die eingeladenen Persönlichkeiten haben offenbar inzwischen erfahren, was Geistes Kind der Koburger Herzog v. S. Sie bedanken sich für die Rolle, die man ihnen zu spielen zumietet: Sie denken nicht daran, sich Seite an Seite mit dem russischen Thronanwärter zu zeigen und mit Adolf Hitler Propaganda für die internationale Reaktion zu machen. Zunächst hat König Gustav von Schweden seine Teilnahme an der Hochzeit seines Onkels abgelehnt und jetzt läßt auch Prinz von Wales erklären, daß er nicht kommen werde.

Bielefeld begnügt sich der Herzog von Koburg mit Hitler und Joseph Goebbels. Dieser wird bestimmt dem Pa. Herzog die Schmach einer Abreise nicht antun wollen, trotz seines derzeitigen wilden Kampfes gegen „Herrenklub“ und „eine Leute“. Seiner Gattin hat er ja sowieso schon den Hofnicks beigebracht.

Ferngespräch Berlin—Batavia
Im deutschen und japanischen Rundfunk wurde das erste drahtlose Ferngespräch zwischen Berlin und Batavia, das am Freitag mittag von 12.30 bis 12.45 Uhr zwischen Dr. Kurt Rathle von der Reichsrundfunkgesellschaft und Wolfgang v. Cronau geführt wurde, nach Wahrsplattenaufnahmen wiedergegeben.

Autounfall in Norditalien
Ein elektrisch betriebener Autobus der Streda Brescia—Gardasee fürzte eine Böschung hinab. Sämtliche 13 Fahrgäste erlitten schwere Verletzungen; zwei Personen sind bereits gestorben. Der Wagenführer tam mit leichten Verbrennungen davon.

Autodiebstahle verhaftet
Wien, 7. Okt. Wegen umfangreicher Schiebung mit gekohlten Kraftwagen wurde ein 45jähriger Kaufmann und ein früherer Kellner festgenommen. Ein dritter Gesteifer ist geflüchtet. Alle drei haben gemeinsam gekohlene Wagen in einer Werkstatt umgearbeitet und dann verkauft. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei sind etwa 200 Wagen durch diese „Werkstatt“ gegangen. Bisher konnten 40 Wagen beschlagnahmt werden, davon in Hamburg und Leipzig je 12. Auch in Magdeburg haben die Gauer verhaftet, gekohlene Wagen an den Mann zu bringen.

Wiedereinstellung entlassener Eisenbahnarbeiter

Mitna, 7. Okt. Die Reichsbahndirektion Mitna hat beschließen, zunächst für zwei bis drei Monate größere Einstellungen von Arbeitern vorzunehmen, und zwar handelt es sich bei diesen Arbeitern um etwa 800 Zeitarbeiter und 230 Stammarbeiter. Es sind Arbeiter, die Anfang September entlassen wurden und jetzt wieder für die Dauer von zwei bis drei Monaten Beschäftigung finden werden.

Der grobe Unfug der einstweiligen Verfügungen

Der Unfug, den die Unternehmer neuerdings wieder mit der Beantragung von einstweiligen Verfügungen gegen die Gewerkschaften treiben, gestaltet im Augenblick vor allem im Baugewerbe. So verlangte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Schleswig-Holstein vom Arbeitsgericht Neumünster eine einstweilige Verfügung, worin nach bekanntem Muster der gewerkschaftlichen Organisation aufgegeben werden soll, jede Kampfhandlung wegen unberechtigten Lohnabzugs sowie jede materielle und ideelle Unterfütterung irgendwelcher Streiks zu unterlassen. Ja, Baunilliche oder Bauherren sollen nicht einmal ersucht werden dürfen, von tarifbrüchigen Firmen Arbeiten nicht auszuführen zu lassen.

Das Arbeitsgericht entschied, daß es seinen Spruch über die einstweilige Verfügung zurücksetzte, bis der Schlichter eine Erklärung abgegeben habe, ob die Notverordnung für das Baugewerbe und ihre Nebenbetriebe überhaupt Anwendung findet.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Der Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 30. September 1932 lautet: Im Landesarbeitsamtsbezirk Südwestdeutschland wurden am 30. September 1932 280 423 Arbeitssuchende gezählt. Ihre Zahl ist seit Mitte September weiterhin um 6 589 oder 2,3 v. H. gesunken.

Daraus lassen sich jedoch nur bedingte Schlüsse auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes ziehen. Die Zahl der von den Arbeitsämtern erfassten Arbeitssuchenden ist in den letzten Wochen sehr stark beeinflusst worden von der durch Notverordnung eingeführten Hilfsbedürftigkeitsprüfung der Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung und von den neuen Grundrissen für die Anerkennung der Wohlfahrtserwerbslosen. In beiden Fällen trat mit dem Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger bzw. Wohlfahrtserwerbslosen auch ein Rückgang der Arbeitssuchenden ein, dem keine Veränderung der tatsächlichen Arbeitslosigkeit zugrunde lag. Wesentlich ist die neue Entwicklung der Zahl der Arbeitssuchenden zu werten. Inwiefern auch die Verordnung der Reichsregierung über Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 den Rückgang der Zahl der Arbeitssuchenden in der Berücksichtigung beeinflusst hat, läßt sich nach den Berichten der Arbeitsämter noch nicht übersehen.

Soweit jedoch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt vereinzelt beobachtet werden konnten, erstreckten sie sich bis jetzt zum größten Teil auf die Industriezweige, in denen die Frauarbeit vorherrscht. Während in Baden nur die Kunstlederindustrie und die Zigarrenfabrikation größere Einstellungen planen, zeigen in Württemberg verschiedene Industriezweige merkliche Anläufe zu Neueinstellungen, die in größerem Ausmaße die Schuhfabrikation, die Lederindustrie und die Textilindustrie beeinflussen dürften.

Die Entwicklung der Unterstützungsabgaben der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge zeigt eine nochmalige Abnahme von 1088 beziehungsweise um 2295 Hauptunterstützungsempfängern. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war am 30. September 1932 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung 35 447 Personen (26 442 Männer, 9005 Frauen), in der Krisenfürsorge 70 516 Personen (55 967 Männer, 14 549 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 3888 oder um 3,1 Prozent nämlich von 109 346 Personen (84 911 Männer, 24 435 Frauen) auf 105 963 Personen (82 409 Männer, 23 554 Frauen) gefallen, davon kamen auf Württemberg 45 004 gegen 46 092, auf Baden 60 959 gegen 63 254 am 15. Sept. 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 30. September 1932 auf 1000 Einwohner 21,1 Hauptunterstützungsempfänger.

Sieh mal an, schon fertig?



Jawohl, alles blitzblank, alles tadellos! Früher stand ich um diese Zeit noch hier und wußte vor Arbeit weder ein noch aus. Seitdem ich aber mein **IMI** habe, geht das Aufwaschen wie am Schnürchen. Das muß Du unbedingt probieren! Es ist ganz fabelhaft, wie schnell das Fett verschwindet, und das Geschirr zeigt einen Glanz — ganz herrlich! 20 Pfennig kostet das Paket, damit kommst Du sehr lange aus. Welche Bequemlichkeit durch **IMI** welche Ersparnis! **Beim Geschirraufwaschen genügt ein Kaffeelöffel IMI für eine normale Aufwaschschüssel. So ergiebig ist es!**



zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen für Geschirr und alles Hausgerät!

Hergestellt in den Persilwerken,





Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

8. Oktober:
1669 Maler Rembrandt. — 1855 Belg. Sozialist Jean Volbers. — 1868 Maler Max Lieberowicz. — 1911 Revolution in China. — 1919 Attentat auf den kgl. Abg. Haacke. — 1929 Letzter. Soz. Parteitag in Wien. — 1929 Stahlhelm im Rheinland von der preussischen Regierung verboten.

9. Oktober:
1807 Aufhebung der Leibeigenschaft in Preußen. — 1808 Wilhelm Weitling. — 1874 Gründung des Reichspostvereins. 1911 China zur Republik erklärt. — 1924 Russ. Dichter Wal. Brjusow. — 1925 Engl. Gewerkschafter Fr. Bramley. — 1925 Demokrat Hugo Preuß, Schöpfer der republikanischen Verfassung.

Weitere Arbeit für den Bürgerausschuß

Neben den zwei bereits besprochenen Vorlagen — Erweiterung des Operationsgebäudes im Krankenhaus, sowie Ueberführung der Berufsfeuerwehrmänner ins Angestelltenverhältnis — liegen noch eine Reihe von Vorlagen auf der Tagesordnung der nächsten Bürgerausschußsitzung. Einige davon sollen hiermit noch näher erwähnt werden.

Der billige Posttarif bei der Straßenbahn wieder 20 Pfennig
Bekanntlich wurde ein neuer Tarif für 2 Strecken zum Preise von 15 Pf. eingeführt. Nach Auffassung des Bahnamtes hat diese Verbilligung eine Erhöhung des Defizits bei der Straßenbahn herbeigeführt, weshalb wieder der Mindesttarif von 20 Pf. eingeführt werden soll. Man hofft dadurch, eine monatliche Mehreinnahme von 10.000 M. zu erzielen. Aber Hoffnungen sind bekanntlich trügerisch. Der Bürgerausschuß soll sich nun in seiner Sitzung am Dienstag auch zu dieser Vorlage äußern.

Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken

1. Die Stadt kauft die Teilgrundstücke La. Nr. 2390/2 mit 263 Quadratmeter und 2390/3 mit 15 Quadratmeter, zusammen 278 Quadratmeter, gegen die Grundstücke der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft La. Nr. 19902/11 mit 50 Quadratmeter und 19902/12 mit 228 Quadratmeter, zusammen 278 Quadratmeter. Aufgeld wird von keiner Seite bezahlt.

2. Die Stadt kauft das Teilgrundstück La. Nr. 1300/10 mit 129 Quadratmeter Bahngelände gegen die Teilgrundstücke der Deutschen Eisenbahnbetriebsgesellschaft AG. La. Nr. 10017/10 mit 100 Quadratmeter Straßengelände und La. Nr. 10017/11 mit 29 Quadratmeter Straßengelände, zusammen 129 Quadratmeter. Aufgeld wird von keiner Seite bezahlt.

Die Kosten der Vermessung und Vermessung sowie alle Vertrags- und Grundbuchkosten werden von der Gesellschaft und Stadt je hälftig getragen. An dem Grundstück La. Nr. 1300/10 ist der Stadt ein Kaus- und Verkaufrecht einzuräumen und dinglich zu sichern. Für den Fall des Rückkaufs ist ein Kaufpreis von 50 Pf. zu vereinbaren.

3. Nach Durchführung des Tausches gemäß Ziffer 2 verkauft die Stadt das Teilgrundstück La. Nr. 10017/10 mit 100 Quadratmeter Straßengelände zum Preis von 50 Pf. je Quadratmeter, zusammen 50 M., an den badischen Landesfürsten, Wasser- und Straßenbauverwaltung.

4. Die Stadt kauft das Teilgrundstück La. Nr. 7985/12 mit 88 Quadratmeter gegen das dem Kaufmann Gottlob Koller gehörende Teilgrundstück La. Nr. 7988/10 mit 88 Quadratmeter. Aufgeld wird nicht bezahlt. Die Stadt übernimmt alle Kosten.

5. Die Stadt kauft ihr Grundstück La. Nr. 17558 mit 788 Quadratmeter im Gemann Frittschlag gegen das dem Landwirt Ludwig Kornmann und dem Zimmerpolier Berthold Kornmann gehörige Grundstück La. Nr. 17518 mit 1899 Quadratmeter. Aufgeld wird von keiner Seite bezahlt. Sämtliche Kosten des Tauschgeschäftes einschließlich der Grunderwerbssteuer hat Berthold Kornmann zu tragen.

6. Die Stadt erwirbt das Grundstück La. Nr. 4709/3 mit 28 Quadratmeter (Wert 100 RM.) von den Erben der Frau Badermeister Ludw. Barquet Witwe zurück. Die Uebereignungskosten trägt die Stadt.

7. Die auf der Gemartung Jlein gelegenen städtischen Teilgrundstücke La. Nr. 122/10 mit 15 Quadratmeter, La. Nr. 162/10 mit 17 Quadratmeter und La. Nr. 163/10 mit 133 Quadratmeter werden an die Gemeinde Jlein in Baden unentgeltlich abgetreten. Die Kosten muß die Gemeinde Jlein tragen.

Warum diese Grundstückskäufe getätigt werden, darüber gibt die Begründung Aufschluß:
Zu 1: Die Stadt ist noch nicht ganz im Besitz des Straßengeländes der Stuttgarter Straße. Durch den vorliegenden Tausch werden die Straßengrenzen auf der Straße zwischen Karpurter und Augartenstraße in Ordnung gebracht und die gefährliche Berengung bei der Häuserstraße ausgeglichen. Die Reichsbahn hat es abgelehnt, sich an den Kosten des Tausches zu beteiligen.

Zu 2 und 3: Im Zug der Kastatter Straße befindet sich bei der Kreuzung mit der Altmendstraße in Ruppurt eine enge und verkehrgefährliche Stelle, welche die badische Straßenbauverwaltung beseitigen will. Es ist dazu der Erwerb eines Geländestreifens der Altbahn notwendig. Die Besitzerin hat sich nicht entschließen können, das Geländestück an den Staat käuflich abzutreten. Dagegen war sie bereit, die Fläche an die Stadt Karlsruhe im Tauschwege gegen einen schmalen Geländestreifen mit der Wertstelle Schloß Ruppurt abzugeben. Die Stadt hat dann ihrerseits die Möglichkeit, das Geländestück an der Kastatter Straße an den badischen Staat weiterzueräuern. Sie tritt also nur als Vermittler auf und bleibt am Ende von einer finanziellen Belastung frei. Im Interesse der Verkehrssicherheit kann die Stadt ihre Mitwirkung nicht verweigern.

Zu 4 und 5: Es handelt sich hier um vorbereitende Maßnahmen für die Arbeiten an der badischen Zufahrtsrampe zur neuen Maxauer Rheinbrücke. Die von der Stadt erstrebten Grundstücke werden für die Materialentnahme benötigt. Das Mehrmaß an Gelände, das die Stadt bei dem Tausch gemäß Ziffer 5 annehmen muß, stellt eine Entschädigung für Anpflanzungen dar. Diese Zubuße und sämtliche Kosten aus beiden Tauschverträgen werden von der Stadt dem Brückenbauunternehmen gegenüber angerechnet werden.

Zu 6: Der Zimmerpolier Berthold Kornmann beabsichtigt, auf dem seinem Vater Ludwig Kornmann gehörenden Grundstück La. Nr. 17557 im Gemann Frittschlag eine Enten- und Sühnerarm zu errichten. Hierzu benötigt er das nebenan liegende 789 Quadratmeter große städtische Grundstück La. Nr. 17558, das im Tauschwege erworben werden soll. Für das städtische Grundstück wird das Kornmannsche Grundstück La. Nr. 17518 mit 1899 Quadratmeter (Eigentum von Vater und Sohn) übereignet.

Milchpolitik gegen die Konsumenten

Die berechtigte Stenosis, welche die Betätigung der Landwirtschaftsbürokratie auf dem Gebiete der Milchverteilung schon immer instinktiv in der Bevölkerung, vornehmlich unter den Konsumenten, entstehen ließ, mußte in ein vollständiges Mißtrauen umschlagen, als der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer vor wenigen Tagen seine Auffassung über die Zwangsverpflichtung der Milchfund und zu wissen tat. Diese Verlautbarung besagte kurz und bündig, daß trotz der Vorzüge in Freiburg und umgibt der heftigsten Gegenwehr der gesamten Freiburger Bevölkerung gegen die Diktaturgelüste der Agrarbürokratie, ähnliche schädliche Zwangsmassnahmen baldigt auch in den übrigen Teilen des Landes durchzuführen seien. Immer feste druff, scheint also auch der Grundtat des Vorstandes der Landwirtschaftskammer zu sein. Er ist aus dem festigen Widerstand der Freiburger Bevölkerung gegen das ihnen aufgezwungene Milchverteilungssystem nichts gelernt. Er ist nicht die geringste Bereitwilligkeit, die Wünsche der Verbraucher auch nur anzuhören und noch viel weniger darauf einzugehen. Dabei ist die Sachlage in Freiburg doch schon so, daß es nur eines kleinen Antokes bedarf, und das der Freiburger Bevölkerung aufgezwungene Milchverteilungssystem führt in sich zusammen. Wer will denn glauben, daß sich die Regierung in einen ausschließlichen Kampf mit der Bevölkerung von Freiburg einläßt, nur um sich das Wohlgefallen einiger Exponenten der Agrarbürokratie nicht zu verkürzen? Solche Rücksichtnahme mag vielleicht einmal einem lüneren Referenten bei der Zentralbehörde nachsehen werden, aber die verantwortlichen Regierungsstellen dürfen nicht zulassen, daß auf diese Weise die gesamte städtische Bevölkerung in größte Verunsicherung gebracht wird. Wohl wissen die Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände schöne Worte um die Zusammenarbeit von Produzenten und Konsumenten zu machen; sie werden nicht müde zu betonen, wie sehr der Verbraucher ausschlaggebend ist für den Absatz landwirtschaftlicher Produkte und wie notwendig es daher sei, den Wünschen und Ansprüchen der Verbraucher so viel als möglich entgegen zu kommen. Aber in der Praxis finden die Wünsche der Konsumenten bei ihnen kein Echo.

Der Wunsch der Konsumenten richtet sich in erster Linie dagegen, daß die Milchverteilung in einer Zeit, wo der Kampf gegen Kartelle und Trusts auf der ganzen Linie entbrannt ist, einer kleinen Gruppe von Interessenten ausgeliefert werden soll, die nach Belieben Milchpreise festsetzen und jede Anregung der Bevölkerung in Angelegenheiten der Milchverteilung in den Wind schlagen kann, weil eine Konkurrenz nicht mehr besteht. Und von einem so einseitig orientierten, schwerfälligen Milchverteilungssystem soll ein Fortschritt in der Milchwirtschaft ausgehen?

Von der wirtschaftlichen Arbeitsweise des Freiburger Milchtrusts ist zu sagen, daß die Milch aus den entlegenen Hofgemeinden des oberen Schwarzwaldes, auch wenn sie nicht mehr von der

Freiburger Bevölkerung aufgenommen werden kann, nach Freiburg transportiert wird, um daraus Butter und andere Nebenprodukte herzustellen, anstatt die Verwertung der überflüssigen Milchmenge in nächster Nähe der Gewinnung auszuführen, um die erheblichen Kosten für Milchbeförderung mit Wagen und der Eisenbahn zu sparen, die einen beträchtlichen Teil des Wertes der Milch aufzehren. Bei dieser Arbeitsweise resultiert für die Milchlieferanten ein Milchpreis von ungefähr 11 Pf. pro Liter. Und man steht vor der Absonderlichkeit, daß Milch, welche zur Bereitung von Butter dient, die trotz des niedrigen Preises von der großen Mehrzahl der Bevölkerung doch nicht gekauft werden kann, ein Erlös von 11 Pf. abwirft, während der Konsument in Freiburg Milch zum Verbrauch im Haushalt mit 28 Pf. pro Liter bezahlen muß. Man kann dieses Verhältnis auch so ausdrücken, daß Haushalte, die sich noch Butter leisten können, für die zu ihrer Herstellung erforderliche Milch nur etwa 11 Pf. pro Liter aufzuwenden haben, während der notwendige Bedarf an Frischmilch auf den auch ärmere Haushalte nicht ganz verzichten können, nur zu 28 Pf. pro Liter erstanden werden kann. Der Milchtrust sieht auch keinen Widerspruch darin, daß der Landwirt Milch zur Fabrikation von Butter usw. um ganze 11 Pf. pro Liter produzieren kann, während dem Kinde in der Stadt, das einen Liter Milch täglich sehr nötig hätte, 28 Pf. abverlangt werden.

Das Vorbild, in Karlsruhe einen Milchtrust zu errichten zu lassen, hat bereits zu Verlautbarungen in der Presse geführt, die keine Bereitwilligkeit der Karlsruher Bevölkerung erkennen lassen, sich der Diktaturgewalt der Landwirtschaftsbürokratie zu unterwerfen. Aber dabei darf es nicht bleiben. Die Organisationen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Hausfrauen müssen sich zusammenschließen, um gemeinsam den Zugriff einer kleinen Interessengruppe auf die Milchverteilung abzuwehren. Die Angelegenheit darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Selbst der Weg in das Ministerium, der von den landwirtschaftlichen Vertretern so häufig benutzt wird, darf nicht gescheut werden.

Der Karlsruher Stadtrat, der sich in den nächsten Tagen ebenfalls mit dieser so wichtigen Frage beschäftigen wird, darf unter keinen Umständen den Nachgelassenen einiger Exponenten entgegenkommen. Kein Mensch wird den berechtigten Forderungen der milchverzeugenden Landwirte Widerstand entgegenstellen; aber in diesem Falle handelt es sich nicht um Forderungen der Landwirtschaft, sondern um Nachgelassenen einiger sogenannten Bauernführer. Weil das so ist, glauben wir als sicher annehmen zu dürfen, daß die Karlsruher Stadträte, so wie es bisher war, sich in erster Linie sich die wirtschaftlich d. h. jüdischen Interessen der Milchindustrie als Vertreter der Konsumenten fühlen werden und die wirklich unberechtigten Nachgelassenen einiger Milchhändler abweisen werden.

Zu 7: Das ruderwarme Gelände ist ein Stück des Feldweges an der verlängerten Sofienstraße zwischen Peter- und Paulsplatz und Ruppurtstraße.

Zu 8: Die Gemeinde Jlein hat für ein schlecht erschlossenes Gelände einen neuen Weg anlegen lassen, wozu auch Teilflächen städtischer Grundstücke beansprucht worden sind. Es entspricht allgemeiner Übung, für Neubauten das Gelände kostenlos abzutreten. Der Weg dient natürlich auch dem städtischen Gutsbest.

Verkauf der städtischen Grundstücke La. Nr. 20 002 und 20 027 an der Boettgestraße und Edenerstraße in der Abtheilung

1. Die städtischen Grundstücke La. Nr. 20 002 mit 5944 Quadratmeter an der Edener- und Boettgestraße und La. Nr. 20 027 mit 5131 Quadratmeter an der Boettgestraße dürfen zum Zweck der Bebauung zum Preise von mindestens 3 M. pro Quadratmeter veräußert werden. Der Kaufpreis darf auch in vom Stadtrat festzusetzenden Raten bezahlt werden. Außer dem Kaufpreis sind die Anliegerbeiträge nach den jeweils hierfür in Betracht kommenden Bestimmungen zu zahlen.

Auf Grund des Gemeindecbeschlusses vom 27. September 1926 durfte der von der Edener-, Zepelin- und Konradin-Kreuzer-Straße umschlossene, von der Boettgestraße unterteilte Baublock zum Preise von mindestens 4 Goldmark pro Quadratmeter bei Barzahlung oder zum Preise von mindestens 5 Goldmark pro Quadratmeter bei Ratenzahlung unter Berechnung von nur 5 Prozent Zins veräußert werden. Nach Einzelbauweisen wird hier laufend verkauft. Die Liebhaber nehmen jedoch an dem bisher geltenden Mindestkaufpreis Anstand. Eine mäßige Herabsetzung des Kaufpreises auf 3 Goldmark pro Quadratmeter ist auch angesetzt, um die freie Bautätigkeit, namentlich in der Richtung der Errichtung von Einfamilienhäusern, anzuregen. Der einzelne Bauplatz wird hier eine durchschnittliche Größe von ungefähr 530 Quadratmeter erhalten.

(*) Winterarten für den Stadtpark. Wir machen unsere Leser auf die im Anzeigenteil dieses Blattes erscheinende Bekanntmachung des städt. Gartenamtes aufmerksam, wonach mit sofortiger Wirkung für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März eines jeden Jahres, zunächst versuchsweise, Winterhalbbirnenarten, sogenannte „Winterarten“, zum Preise von 2 M. für Erwachsene auszugeben werden. Die Karten können an den Stadtgarteninspektoren angefordert werden.

(*) Notermittlung. Die Vorarbeiten für die Wiedererrichtung der im Verfall befindlichen Karlsruher Notgemeinschaft sind in vollem Gange. Anmeldungen von Bedürftigen können bei den Anmeldestellen jedoch erst entgegengenommen werden, wenn hierzu in den Tageszeitungen aufgeführt werden.

wert worden ist. Spenden können dagegen jetzt schon auf Postcheckkonto 22 100 der Karlsruher Notgemeinschaft eingezahlt werden. Der allgemeine Aufruf an die Bevölkerung wird in einigen Tagen erfolgen.

Von den Karlsruher Nazis

Es spielen sich in der hiesigen Nazifamilie immer interessante Dinge ab, sozusagen am laufenden Band vollziehen sich die Ereignisse, was bei einer so bunten zusammengekauften Gesellschaft auch gar nicht anders denkbar ist. Von allen Vorkäufen auf zu nehmen, würde zu weit führen, weshalb wir uns auch nur zu einige beschränken.

Die uneheliche, auf Zug und Trug aufgebaute Politik und Vorfahrt der Nazis ist dazu angetan, sich auch im persönlichen Tun und Treiben von Nationalsozialisten auszuwirken. Auf dieses Konto kann man zum Beispiel den Fall buchen, der sich bei der Ruppurter SA. kürzlich zugetragen hat. Eigen da in einer Ruppurter Nazimilchstraße mehrere SA-Leute, also eine kleine Abteilung von Siliters „deutschen Grenadiere“, beim Kartenspiel beisammen. Einer der Spieler, dem die Glücksgöttin nicht besonders hold war, schickte sich an, aus seinem Geldbeutel den nötigen Betrag zur Bescheidung der Spielfeld herauszunehmen. Zu seinem größten Schrecken muß er jedoch feststellen, daß der Geldbeutel in seinen Hosentaschen nicht mehr zu finden ist. Der Wirt, selbst ein starrer Nazi, läßt die SA. antreten, um eine Durchsuchung der Reute vorzunehmen. Die Mühe ist umsonst. Also alles ehrliche Kerle. Doch auch nicht? Einem der SA.-Helden kommt die Erinnerung, daß sich ja schon ein anderes SA.-Mitglied entfernt hat. Dieses wird aufgefaßt und mit Hilfe der Polizei festgestellt. Daß diesem „treuen“ und „ehelichen“ SA.-Kamerad der vermiste Geldbeutel von der Hosentasche des lealen Besitzers in die Stiefelröhre des illegalen „neuen Besitzers“ gewandert ist. Sicherlich hat der Drang des Letzteren, ein „aufbaumilchige Kraft“ seiner Bewegung zu dienen, ihn zu dieser Tat veranlaßt.

Der Führer nahm erst kürzlich wieder den Mund recht voll und redete davon, daß Karlsruhe nationalsozialistisch sei. Er tat so, als ob die Karlsruher Bevölkerung sich nicht und anders der nationalsozialistischen Trennpolitik verschrieben hätte. Ueber solche Aufschneidereien muß der Einzelweisse natürlich lachen und daß dazu aller Grund besteht, bewies die Naziverammlung am letzten Mittwoch, die schlecht besucht war, so daß der Festhallaanal viele und große Läden aufwies. Das angeblich nationalsozialistische Karlsruhe ist zu dem Bejubel der Verammlung gerufen worden, aber nicht einmal 1 Prozent der Karlsruher Bevölkerung leistete den Ruf der nationalsozialistischen Maitenfünger Folge. Und dies, trotzdem ein Pa. aus dem Naziparadies Braunschweig über die Naziaufbauarbeit in diesem Lande gesprochen hat. Die Naziverammlung war also eine Pleite.

Die Studenten vor den Karren der Nazis gespannt werden, zeigt ein Rundschreiben des Studentenbundes, Sturmabteilung V. 1. an die Studierenden SA. und SS-Männer. Es wird darin den Studierenden SA. und SS-Männern mitgeteilt, daß nach einer Verhängung des obersten SA.-Führers ab 15. Oktober 1932 der nationalsozialistische deutsche Studentenbund zu einer SA.-Formation umgewandelt wird und deshalb sich die Studierenden SA. und SS-Männer von ihrer jetzigen SA. und SS-Formation beurlauben lassen müssen. Man sieht hieraus, daß die Nazis immer mehr versuchen, die Studenten für ihre Partei dienlich zu machen. Den Schaden davon haben allerdings die Studierenden

Togal
unübertroffen bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuss u. Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterienstönd! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

Der Gesangsverein „Harmonie“

feiert am 15. Oktober sein 50. Stiftungsfest. Der Verein, der seit dem Jahre 1907 dem Deutschen Arbeiterjugendbund, Gau Baden, angeschlossen ist, wurde im Frühjahr 1882 gegründet.

Am Jahre 1912 konnte der Verein sein 30. Stiftungsfest, verbunden mit der zweiten Jahreshauptversammlung, abhalten.

Das Stiftungsfest wird in einem durchaus würdigen Rahmen in der Gasthalle der Stadtgarten-Restaurations gefeiert.

Das Fest verspricht demnach einen in jeder Beziehung schönen Verlauf zu nehmen. Die Arbeiterschaft wird gewiß dem Verein ihre Anerkennung für die der Arbeiterbewegung geleisteten Dienste

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Gestern nachmittags kam in Durlach ein Radfahrer aus Grötzingen dadurch zu Fall, daß sich an seinem Vorderrad ein Speichen löste und sich an der Gabel verfangen.

Auf der Straße zwischen Mühlburg und Grünwinkel wurde gestern nachmittags ein 41jähriger Mann aus Mühlburg, der sich auf der Straße zu schaffen machte, von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen.

(.) Neuer Wirt auf dem Friedrichshof. Am 1. Oktober ist, wie uns geschrieben wird, das bekannte Restaurant zum „Friedrichshof“ hier, Karl-Friedrich-Straße 28, an einen neuen Wächter übergegangen.

Sonntagskonzerte im Stadtgarten. Am kommenden Sonntag finden im Stadtgarten nochmals zwei Konzerte statt und zwar vom 11 bis 12.15 Uhr ein Morgenkonzert, zu dessen Besuche kein Eintrittsgeld erhoben wird und von 15.30 bis 18 Uhr ein Nachmittagskonzert.

Wasserstand des Rheins

Basel 31, gef. 2; Waldshut 230, gef. 3; Rehl 237, gef. 2; Maxau 283, gef. 3; Mannheim 246; Caub 156, gef. 7 SIm.

Öffentliche Wahlversammlungen

Samstag, 8. Oktober, abends 8 Uhr

Rintheim: „Zum Hirsck“. Referent: Bürgermeister i. R. Rihert-Durlach.

Wesslitz: „Württembergischer Hof“. Referent: Reichstagskandidat Reil.

Mittwoch, 12. Oktober, abends 8 Uhr

Südstadt: „Deutsche Eiche“. Referent: Landtagsabgeordneter Trinks.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: Umbau der Wirtschaft — Sozialistische Ordnung, nicht kapitalistische Diktatur und Ausbeutung — Republik und Demokratie, nicht Junker- und Militärdiktatur.“

Veranstaltungen

Johann Strauß und sein Wiener Orchester! Johann Strauß ist nicht nur ein Name von altem, gutem, weltbekanntem Klang, sondern auch ein Begriff.



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Freiquartiere gesucht

Kameraden und Republikaner! Der Gegenbesuch unserer Freiburger Kameraden erfolgt schneller als wir dachten.

Obereinander: Georg Schöpplin, Verantwortlich: Voltin, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftsbezirk, Sozialer, Pension, usw.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

V. V. und V. V.-Führer. Samstag, 8. Oktober, 5 Uhr, Elefanten-Schlushtermin.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Seute früh lag ganz Baden unter einer Hochnebeldecke. Eine schon gestern nordwestlich von England angelangte Bolkone hat sich inzwischen zu einem ausgedehnten Sturmwirbel entwickelt.

Wetterausichten für Sonntag, 9. Oktober 1932: Wärmer und aufwühlende Südwinde. Sonst noch keine wesentliche Veränderung der trockenen und meist heiteren Witterung.



Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Frauenversammlung

Am kommenden Mittwoch, 12. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saale des „Gambrius“, Eberwiesenstraße, eine Frauenversammlung statt.

Veranstaltungen

Badisches Landesbühnen: Die Räuber, 20 Uhr (Samstag). — Die Nealmenschtöcher, 15.15 Uhr (Sonntag). — Flegels Hochzeit, 19.30 Uhr (Sonntag).

„Der Rote Faden“

am 8. Oktober in Mühlburg in den „Drei Eichen“, abends 8 Uhr (ohne Restkassa)

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. Arbeiterkameradschaft. Samstag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Salmen“: Quartalsversammlung, wozu die gesamte Kameradschaft mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlichst eingeladen ist.

Merz GmbH., Karlsruhe. Hirschstraße 3. Naturliche Mineralbrunnen. Engelhardt-Caramel-Malzdiel (Vollbier) unter Verwendung von Zucker hergestellt.

Union. ist und bleibt unübertroffen!

Sie brauchen Geld? Staats-Lotterie Reichthum. Staats-Lotterie - Einnahme B. Holz

Moderne Leihbücherei HANS SCHWARZ. Erbsenstraße 24. enthält neue, saubere Bücher bekannter Schriftsteller.

Intimenpointe. Wülnal. flotte Formen gute Verarbeitung und doch billige Preise! Modische Mäntel 19.50

Ein Idyll in der freien Zeit ist der Rheinenpress. Nr. 34 neu! Preis 10 Pfennig. Aus dem Inhalt: Beste in Hitlers Ehrenkleid — Unterricht im Totschlagen — Kurswechsel in Schweden — Wie der Schließensplan verraten wurde — Was in der Welt passierte — Bilder der Woche — Gandhi und die Varias — Das Kalenderjahr — Der Doktor und der Graf beim „Neuen“ — Nach dem letzten Blutgerichtsurteil der Reichsstadt Seidelsheim vom 31. März 1702 — Roman — Von der Ostsee zum Polarkreis — Volkstrachten — Im Reiche des Wahnmann — Arbeit daheim — Kinderland — Duell in Bord — Giganten wühlen das Meer auf.

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.). Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee Jewells v. 6-7 1/2 Uhr

JCHNEYER. Werderplatz • Kaiserstraße 95 • Mühlburg



Mommiller
feiner und billiger

DIE DEUTSCHE QUALITÄTS-MARGARINE
Das Beste für Tafel und Küche

Generalvertrieb u. Fabriklager: **Alfred Zickwolf, Karlsruhe, Franz-Abt-Str. 4**

Jede Hausfrau
sollte nicht versäumen unsere interessante **Küchen-Ausstellung** in unserer Auslage Herrenstraße 21 sowie in unserem Haus für zu besichtigen.

Karl Thome & Cie.
Möbelhaus Herrenstraße 23 gegenüber der Reichsbank.

Oefen
in größter Auswahl und allen Preislagen.
Irische Dauerbrandöfen von RM. 16.50 an
Küppersbusch-Dauerbrandöfen in neuesten Modellen

PH. NAGEL
Kaiserstraße 53-59

Hüte für Damen und Herren
reinigt, färbt, färbt, färbt

G. Burlefinger, Weltendstr. 29 b

Gebrauchte MOEBEL
(ante) aller Art **kauft u. verkauft**

Schirmann, Markgrafenstraße 43

Lageräpfel
Die ersten 8 Waggons 1a **badische Lageräpfel** insbes. **Boskop und Goldparmäne** sind eingetroffen. Verkauf tägl. an den Hauptmärkten hier. Reelle Bedienung. Lieferung frei Haus.

J. Markus, Leopoldstr. 37
Lager: **Alter Bahnhof, Kriegsstr.**
Aelteste Obstgroßhandlung hier
Bitte genau auf meine Firma zu achten

Textil-Markt

Schuhwaren

Damen-Spangenschuhe Wildleder oder Lack, solide Verarbeitung, L.XV. oder Trotteur-Absatz	4.90
Damen-Spangenschuhe in Lack od. mod. geledeten Farben, m. hübscher Blätterverzierung, L.XV. od. Trotteur-Abs.	5.90
Damen-Spangenschuhe oder Pumps, schwarz Sandkalt, braun od. schwarz Chevreux, mit limit. Elidegarnitur	8.90
Herren-Halbschuhe schwarz oder braun Boxcall, Orig. Goodyear-Weit	6.90
Herren-Halbschuhe schwarz oder braun Boxcall, mit Doppelsohle u. Wolstrand, Original Goodyear-Weit	8.75
Herren-Halbschuhe schwarz Boxcall, halbrunde Form, Marke Herz	9.80
Kamelhaar-Umschlag- oder Laschenschuhe mit Ledersohle, verdeckte Naht	1.30
Kamelh.-Umschlagschuhe mit Kappe und Absatzstück, Ledersohle, verdeckte Naht	1.75
Kamelh.-Laschenschuhe reine Wolle u. Kamelhaar, Gr. 43/45 2-45 38/42	1.95
Kamelh.-Umschlagschuhe Herle Spezial, rein Kamelhaar und Wolle besonders schwere Qualität	3.25

HERMANN TIETZ
KARLSRUHE

Salmen
Am Ludwigsplatz • Tel. 2019
Eigene Schlachtung 5050
Samstag Schweinsknöchle ab 6 Uhr

Badisches Landesheater
Samstag, 8. Okt.
*E 3
Th.-Gem. 1001-1100

Pianos
vermietet
H. Maurer
Koisersstr. 76
Ecke Hirschstr.

Neuer süßer Frankweiler
Volkshaus
Sonntag Familienkonzert
Humoristische Entlagen 5051
Freundlich einladend **Familie Schwab**

Die Räuber
Trauerspiel von Schiller
Regie: Baumhach
Mitwirkende: Ehrhardt, Brand, Zähler, Ernst, Gennette, Herz, Hiert, Kienischer, Knebel, Kubie, Rehner, R. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Stühr

Bad. Hochschule für Musik
Samstag, den 15. Oktober, 20 Uhr
Kriegerstraße 166
Zeitgenössische badische Komponisten
Werke für Violine und Klavier von Arthur Kusterer, Julius Weismann, Ernst Toch und Heinrich Cassimir
Klavier: Mathilde Preis-Roth
Violine: Oskar Schmidt
Karten zu 0.60, 1.00 und 2.00 RM.

Regiments-tochter
Komische Oper von Donizetti
Dirigent: Kellberth
Regie: Brulha
Mitwirkende: Fritschbach, Haberfort, Krüger, Hofbach, Kalmbach, Böyer, v. Lindenmann, Meyer.

Studentenhaus
Dienstag, den 11. Oktober, 20 Uhr
TANZGRUPPE
Hellerau
-Laxenburg bei Wien
12 Meisterschülerinnen
Leitung: Rosalia Chladek
Gruppen- und Einzel-Tänze nach Musik von Händel, Mozart, Tschalkowsky usw.
Karten - 50 bis 4.- Mk bei **Bielefeld** am Marktplatz und bei **Kurt Heufeld** Waldstraße 81

Figaros Hochzeit
Komische Oper von Mozart
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Haag
Mitwirkende: Blant, Franz, Haberfort, Lenz, Seiberlich, Winter, Woerischel, Hofbach, Kalmbach, Rietel, Ogier, Derner, Schüller

Tanzschule H. Vollrath
Kaiserstraße 235
Beginn neuer Kurse.
Anmeldung und Einzelunterricht jederzeit.

Stadtgarten
Sonntag, 9. Okt.
von 11-12 $\frac{1}{2}$ Uhr

Phönix K.F.V.
Sonntag, 9. Okt.
nachmittags 3 Uhr
Verbandsspiel
Phönix-Stadion
Auto-Anfahrt gestattet
1.30 Uhr: Phönix II - K.F.V. II

Morgenkonzert
Stein Rufstufschlag
von 10 $\frac{1}{2}$ -18 Uhr

Erste Kirche Christi, Wissenschaftler
(First Church of Christ, Scientist, Karlsruhe, Bd.)
Gottesdienste: Sonntag 9 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags
Mittwoch 8 Uhr abds. Kriegsstr. 84. Vortragstag

Stadtm.-Konzert
Willbaronisches Orchester 1134
Reglung Obermusikmeister a. D. Otto Schotte

Noch nie so billig!
Schlafdecken -80
per Stück Mk. 6.50, 5.50, 4.-, 3.-, 2.80, 1.50
Kamelhaardecken 16.-
per Stück Mk. 30.-, 25.-, 20.-
Große Auswahl Matratzendelle, Eetzbarche, Bettfedern

Arthur Baer
Kaiserstraße 193
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch!
Ratenkaufabkommen
Montag, 10. Okt., bleibt mein Geschäft hoher Feiertage halber geschlossen.

Winterkarten für den Stadtgarten
Mit sofortiger Wirkung werden an den Stadtgarten-Schattentischen für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März jedes Jahres, zunächst vierjährige Karten zum Preise von 4.20 - für Ermäßigte angegeben **Städt. Gartenamt.**

BULACH!
Preisliste:
Kartenset . . . 20.-
Quartettbecken . . . 55.-
Erwerbshilfe . . . 45.-
Reelle Bedienung
Franz Döner,
Bannwaldallee 115

Sidelitas-Bier
(Hell-Export)
unser langjährige Spezialität, ist auch in der kühlen Jahreszeit ein Getränk, das durch seinen Wohlgeschmack und seine unübertroffene Bekömmlichkeit auch den verdöhrtesten Gaumen befriedigt.

Dunkles Lagerbier
überrascht, trotz des billigen Preises, durch seine Vollmundigkeit und Nährkraft.

Brauerei Schrempp-Prinz, Karlsruhe

Auf ins Krokodil
zum **Münchener Löwenbräu Exportbier 28**
hell oder dunkel, 1/2-Ltr. nur einschließlich Bedienungsgeld.
Sämtliche untere Lokale sind geöffnet.

Wirtschafts-Übernahme!
Hiermit gebe ich bekannt, daß ich die Wirtschaft am **Durlacher Tor** übernommen habe. Ich werde bemüht sein, meine werten Gäste durch Verabreichung bester Speisen und Getränke in jeder Weise zufrieden zu stellen und bitte höflichst, das meiner Vorgängerin, der Frau Bechtold Ww. gereigte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Spezial-Ausschank: **Münchener Hackerbräu**
10 hell n. dunkel Export 28 Pfg. mit Bedienung.
Jeden Donnerstag: Hauswirtschaft. Vorzüglicher Mittag- und Abendisch.
Eröffnung: heute Samstag abend!
Eduard Berneckel

Wirtschafts-Übernahme
Unsere werten Freunden und Gästen teilen wir mit, daß wir das Restaurant
„Unter den Linden“
Ecke Yorkstraße und Kaiserallee
übernommen haben.
Ich versichere meinen verehrten Gästen, daß ich nur prima Ware, wie H. Münchener Bier, Export hell, prima reine Weine, sowie Würstwaren aus eigener Schlächterei ebenso vorzügliche Küche, bieten werde. Zur Eröffnung heute **Samstag abend 8 Uhr** er. Bes.

Konzert
Es laden freundlichst ein
Bernhard Maier und Frau

Neueröffnung 8. Oktober!
Friedrichshof Karlsruhe
Dem verehrten Publikum von Karlsruhe und Umgebung zur Kenntnis, daß ich ab heute das **Hotel-Restaurant „Friedrichshof“** Karl-Friedrichstraße 27 - Telefon 359 übernommen habe. Für Speisen und Getränke 1. Qualität werde ich bestens Sorge tragen, hierfür bürgt meine langjährige Mitarbeit im Weinhaus Martin Wiesel in Köln. Um geneigten Zuspruch bittet **Peter Wiesel**

Spezialausschank: **SINNER EXPORTBIER!**

Dr. med. Walter Kuhn
Sprechstunden von 9-10-12 und 4-5 Uhr und nach Vereinbarung. - Fernruf 5141. 5049

Nach Vorbildung an der Universitäts-Frauenklinik München, der inneren- und Röntgen-Abteilung des Krankenhauses München-Schwabing, sowie nach vierjähriger Assistenten-tätigkeit an der Medizinischen und Pathologisch-bakteriologischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Karlsruhe, habe ich mich hier als **Arzt** niedergelassen. Telefon Nr. 5588

Meine Praxis übe ich im Hause Sonnenstraße 134 (gegenüber der Bonifaziuskirche) aus.

Dr. med. Richard Wagner
Sprechstunden: 8-9 und 4-5 Uhr (ab 10. 10. 32.)
Samstags 8-10 Uhr vorm. 4910

Plakate in künstlerischer Ausführung fertigt an
Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H.

Staat anerkannt. **Malierleberlein** erteilt **Musterrecht zu 5 Mfr.** Monatspreis 100.- mit Str. 4998 an d. Volksfrd.

Farben.Lacke
gebrauchstert
für Anstriche aller Art
vorteilhaft im **Hansa**
Waldstr. 15, beim Colosseum

Radio kaufen? Kaver
zuerst zu **Kunstmärkten** gegenüber Postbüro
Stets günstige Gelegenheitskäufe.